

Seit Ende der 1950er Jahre war der Kumpel im Ruhrbergbau immer öfter ein Türke. Obwohl der Bergbau eine schrumpfende Branche war, stieg der Anteil der in ihr beschäftigten Arbeitsmigranten an. Hans-Christoph Seidel erläutert in seinem Beitrag die Spezifika dieser Arbeitskräftepolitik und analysiert vor deren Hintergrund, wie die Bergbaugewerkschaft auf die Herausforderungen reagierte, die sich für sie daraus ergaben. Er beginnt seine Untersuchung mit der Etablierung des „Gastarbeiter“-Systems und führt sie bis in die 1980er Jahre fort, als die Politik die Zeichen auf eine „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ umstellte.

Hans-Christoph Seidel

Die Bergbaugewerkschaft und die „Gastarbeiter“

Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre

Besonderheiten der Gewerkschafts- und Migrationsgeschichte im Ruhrbergbau nach 1945

Gewerkschafts- und Migrationsgeschichte sind, jedenfalls in der deutschen Forschung, noch selten aufeinander bezogen worden. Weder ist von Gewerkschaftshistorikern die Haltung der Gewerkschaften zur Ausländerbeschäftigung bisher prominent behandelt worden¹, noch sind Migrationshistoriker intensiver und systematischer auf den Einfluss von Gewerkschaften auf grenzüberschreitende Arbeitsmigrationen eingegangen². Dies überrascht besonders mit Blick auf die „Gastarbeiteranwerbungen“³ seit den 1950er Jahren: Denn aus gewerkschaftsgeschichtlicher Sicht gewannen die „Gastarbeiter“ zumindest seit den späten 1960er Jahren eine zunehmende Bedeutung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, und aus migrationsgeschichtlicher Perspektive ist auf die keineswegs randständige Rolle der Gewerkschaften in Integrationsprozessen zu verweisen. Im Folgenden soll das Themenfeld Gewerkschaft und Ausländerbeschäftigung für das Beispiel des Steinkohlenbergbaus, insbesondere des Ruhrbergbaus, ausgelotet

¹ Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages ist aber jetzt im Erscheinen: Oliver Trede, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien 1960–1980, Paderborn 2013; wesentliche Aspekte dieser Arbeit sind zusammengefasst bei ders., Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik in den 1950er bis 1970er Jahren, in: Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.), Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa, München 2012, S. 183–197. Hier auch weitere Literaturhinweise.

² Eine wesentliche Ausnahme auch für die hier behandelten Zusammenhänge ist das grundlegende und herausragende Buch von Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“. Die Geschichte türkischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

³ Ich gebrauche im Folgenden der Einfachheit halber den Terminus „Gastarbeiter“ für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland, deren Heimatländer mit der Bundesregierung Anwerbevereinbarungen abgeschlossen hatten.

werden. Die Wahl dieses Beispiels erscheint mir vor allem aus sechs Gründen besonders instruktiv zu sein:

1. Die Entwicklung des (industriellen) Steinkohlenbergbaus ist, wie die des Bergbaus insgesamt, stets eng mit Arbeitsmigration verbunden. Bergbauliche Aktivitäten sind stets Standort, genauer Lagerstätten, gebunden. Die Produktionsstätten können nicht dorthin gehen, wo Arbeitskräfte, Verkehrswege etc. vorhanden sind, sondern die Arbeitskräfte müssen zu den Lagerstätten kommen. Darüber hinaus war (und ist) der Steinkohlenbergbau im Untertageabbau sehr arbeitsintensiv und lohnt wirtschaftlich schon wegen der hohen Investitionskosten für die Erschließung nur im Großbetrieb. Er benötigt in der Regel eine besonders umfangreiche Arbeitskräftezuwanderung. Die Entwicklung der montanindustriellen Gesellschaft des Ruhrgebiets wurde daher seit der Mitte des 19. Jahrhunderts maßgeblich durch Zuwanderungswellen bestimmt: In einer ersten kamen Nahwanderer aus den umliegenden Regionen zu den neuen Bergbaustandorten; in einer zweiten strömten in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende polnischsprachige Zuwanderer aus den preußischen Ostprovinzen in den industriellen Westen; in einer dritten wurde der Ruhrbergbau für zahllose Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten Weltkriegs zum Eingangstor für das Leben in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der jungen Bundesrepublik. Hinzu kommen als „Sonderfälle“ die millionenfachen Verschleppungen von Zwangsarbeitern in den Bergbau und die Rüstungsindustrie des Ruhrgebiets während der beiden Weltkriege. Die vierte Zuwanderungswelle der „Gastarbeiter“ reihte sich dabei nicht nur in eine deutlich länger zurückreichende Zuwanderungsgeschichte des Ruhrbergbaus ein, sondern knüpfte in vielen Aspekten an sie an, wie auch im Folgenden gezeigt werden soll⁴.

⁴ Zur Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets bzw. des Ruhrbergbaus vgl. immer noch grundlegend Wolfgang Köllmann/Frank Hoffmann/Andreas E. Maul, Bevölkerungsgeschichte, in: Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 111–197. Besonders gut untersucht ist die polnischsprachige Zuwanderung vor dem Ersten Weltkrieg. Grundlegend ist hier noch immer Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978. Zum aktuellen Forschungsstand vgl. auch Dittmar Dahmann u. a. (Hrsg.), Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2005. Zu den Neubergleuten des Nachkriegsjahrzehnts vgl. zuerst Mark Roseman, Recasting the Ruhr, 1945–1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations, New York u. a. 1992; zu den „Sonderfällen“ der Weltkriege vgl. Kai Rawe, „... wir werden sie schon zur Arbeit bringen“. Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkrieges, Essen 2005, und Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Forschungen, Essen 2005. Skizzen zu einem nahe liegenden, aber noch nicht systematisch erarbeiteten diachronen Vergleich zwischen älterer polnischer und neuerer türkischer Zuwanderung in das Ruhrgebiet bieten Klaus Tenfelde, Schmelztiegel Ruhrgebiet? Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau: Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 36 (2006), S. 7–28; Diethelm Blecking, Polish Community before the First World War and Present-Day Turkish Community Forma-

2. Die Stellung der Gewerkschaft war im Bergbau nach 1945 deutlich stärker als in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen⁵. Dies lässt sich schon durch einen Blick auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad veranschaulichen. Dieser erreichte im Ruhrbergbau bis Mitte der 1950er Jahre fast 90 Prozent der Beschäftigten. Nachdem die Unternehmer die Betriebskassierung der Gewerkschaftsbeiträge gekündigt hatten, sank er zwar, jedoch nur auf immer noch beachtliche circa 70 Prozent. Nach der Wiedereinführung der Betriebskassierung erklomm der Organisationsgrad neue Höhen. In den 1980er Jahren waren stets deutlich über 90 Prozent der im Steinkohlenbergbau Beschäftigten Mitglied der IGBE⁶. Der hohe Organisationsgrad stützte die Rolle der Bergbaugewerkschaft als regionalpolitischer Akteur von erheblichem Gewicht im Ruhrgebiet bzw. in Nordrhein-Westfalen. Im langen Nachkriegsjahrzehnt wurde die starke Stellung der Bergbaugewerkschaft einerseits durch die überragende wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrbergbaus für den deutschen und westeuropäischen Wiederaufbau, andererseits durch die der Entnazifizierungs- und Sozialisierungsdrohung geschuldeten (auch moralischen) Schwäche der Bergbauunternehmer gestützt. Die Kooperation der Gewerkschaft wurde schlicht benötigt, um die Kohlenförderung auf das volkswirtschaftlich notwendige Niveau zu heben⁷. Die unvermindert starke regionalpolitische Stellung der IGBE in der Bergbaukrise der 1960er Jahre und lange darüber hinaus beruhte hingegen darauf, dass nur ihre politische Einbindung es ermöglichte, den rasanten bergbaulichen Schrumpfungsprozess und Arbeitsplatzabbau ohne die Entfachung sozialer und politischer Brandherde im bevölkerungsreichsten Bundesland zu bewältigen⁸.

3. Auch innerhalb der Unternehmen und Betriebe waren die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten erheblich höher als in den Wirtschaftsbereichen, die nicht der 1951 eingeführten Montanmitbestimmung unterlagen. Den gewöhnlich dreiköpfigen Vorständen der montanmitbestimmten Bergbauunternehmen gehörte zwingend ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied an,

tion – Some Thoughts on a Diachronic Comparison, in: John Belchem/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Irish and Polish Migration in Comparative Perspective*, Essen 2003, S. 183–197; Aloys Berg, Polen und Türken im Ruhrbergbau. Ein Vergleich zweier Wandlungsvorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet“, Diss. Bochum 1990.

⁵ Die Einheitsgewerkschaft im Bergbau wurde im Dezember 1946 in der Britischen Besatzungszone unter der Bezeichnung Industrieverband Bergbau gegründet. 1948 erfolgte die Umbenennung in Industriegewerkschaft Bergbau. Als mit dem Beginn der Bergbaukrise Ende der 1950er Jahre die Energiepolitik zu einem Haupttätigkeitsfeld wurde, entschied man 1960 eine neuerliche Umbenennung in Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE). Der Einfachheit halber wird im Folgenden zeitunabhängig ausschließlich die Bezeichnung IGBE gebraucht.

⁶ Vgl. Karl Lauschke, *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958–1968*, Marburg 1984, S. 456; Walther Müller-Jentsch/Helmut Plass/Hans-Eckbert Treu, *Industrielle Beziehungen im Kohlenbergbau der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn 1986, S. 24.

⁷ Vgl. dazu etwa Jens Adamski (Hrsg.), *Gewerkschaftlicher Wiederbeginn im Bergbau. Dokumente zur Gründungsgeschichte der Industriegewerkschaft Bergbau 1945–1951*, Essen 2012.

⁸ Vgl. dazu vor allem Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001.

der faktisch vom Hauptvorstand der IGBE in diese Position delegiert wurde. Die Stellung der Arbeitsdirektoren innerhalb der Vorstände blieb in den 1960er Jahren zwar oft noch schwankend, aber die Anwerbung von – insbesondere ausländischen – Arbeitskräften gehörte zu ihren Kernaufgabengebieten. In der betrieblichen Sozialpolitik hatten dagegen die Betriebsräte, die fest in der Hand der IGBE waren, zurückgehend auf die Sondersituation der Nachkriegszeit ungewöhnlich hohen Einfluss, etwa wenn es um die Belegung von Werkswohnungen ging. Der Einfluss der Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben wuchs noch einmal erheblich mit der 1968/69 erfolgenden Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) als Einheitsgesellschaft für den Ruhrbergbau, auf die die IGBE schon lange Jahre politisch hingewirkt hatte. Die IGBE musste sogar ausdrücklich betonen, dass die Ruhrkohle AG nicht „ihr“ Unternehmen war und das grundsätzliche Spannungsfeld zwischen privatwirtschaftlichem Unternehmen und gewerkschaftlicher Interessenvertretung weiter Bestand hatte⁹. Weiterreichende Entscheidungen der Ruhrkohle AG, ihrer Betriebsführungsgesellschaften und ihrer Betriebe ohne eine wenigstens mittelbare, konsensuale Abstimmung mit der IGBE waren aber gerade in der Personal- und Sozialpolitik praktisch undenkbar¹⁰.

4. Arbeitsmarkthistorisch stellte die „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Ruhrbergbau seit den späten 1950er Jahren einen Sonderfall dar. Arbeitsmigranten werden in aller Regel von Wirtschafts- und Beschäftigungssektoren mit wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten angezogen. Der Steinkohlenbergbau hingegen trat seit 1958 in eine tiefe Strukturkrise ein, von der er sich nicht erholen konnte und die bis 2018 zur vollständigen Einstellung der nationalen Förderung führen wird. In den 15 Jahren zwischen 1958 und 1973 – dem Zeitraum der eigentlichen „Gastarbeiteranwerbungen“ – verringerte sich die bergmännische Arbeiterbelegschaft auf den Ruhrzechen durch Rationalisierungen, Betriebskonzentrationen und Zechenschließungen von gut 389.000 auf gut 111.000 Mann; es gingen also über 270.000 Arbeitsplätze verloren¹¹. Dagegen wuchs die Zahl der im deutschen Steinkohlenbergbau beschäftigten Ausländer in diesen Jahren von gut 12.000 auf fast 27.000¹². Der Ausländeranteil an den Belegschaften der Zechen bewegte sich etwa

⁹ Vgl. Werner Abelshauer, *Der Ruhrkohlenbergbau nach 1945. Wiederaufbau, Krise und Anpassung*, München 1984, S. 147.

¹⁰ Zur Praxis der Mitbestimmung im Bergbau vgl. zuerst Norbert Ranft, *Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945*, Köln 1988.

¹¹ Diese Angaben nach dem Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1967 u. 1974, S. 839 u. S. 910. Zur Beschäftigungsentwicklung im Ruhrbergbau in längerer historischer Perspektive vgl. Paul Wiel, *Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets. Tatsachen und Zahlen*, Essen 1970.

¹² Vgl. Jean-Luc Malvache, *Die Beschäftigung angeworbener ausländischer Arbeitskräfte im Steinkohlenbergbau – unter besonderer Berücksichtigung der Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen (BAGL)*, in: Bochumer Kulturrat (Hrsg.), *Die drei großen Herren und die anderen. Aufstieg und Niedergang der Zeche Lothringen und die Geschichte der Einwanderung im Bochumer Norden*, Bochum 1996, S. 207–220; Johannes-Dieter Steinert, „Chianti am Rhein“. *Der Ruhrbergbau als Zuwanderungsziel*, in: *Geschichte im Westen* 12 (1997), S. 135–149, hier S. 146.

im Durchschnitt der Industriewirtschaft. Im Ruhrbergbau bzw. im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau diente die „Gastarbeiteranwerbung und -beschäftigung“ bis zum Anfang der 1970er Jahre also nicht wie in der übrigen Wirtschaft der Teilhabe am konjunkturellen Aufschwung und schuf nicht die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Produktionssteigerungen. Vielmehr bildete sie, im Gegenteil, funktional die personalpolitische Voraussetzung für einen halbwegs geordneten Schrumpfungsprozess, da die einheimischen Bergarbeiter in viel größerer Zahl, als es selbst der sinkende Personalbedarf einer schrumpfenden Industrie erlaubt hätte, die in Zeiten der Vollbeschäftigung noch vorhandenen Alternativen auf dem Arbeitsmarkt nutzten, um der scheinbar zukunftslosen Krisenindustrie den Rücken zu kehren. Ohne die Hereinnahme von „Gastarbeitern“ hätte manche Zeche ihre Förderung zu einem deutlich früheren Zeitpunkt einstellen müssen.

Die ausländischen Bergarbeiter waren erst seit Mitte der 1970er Jahre vom fortschreitenden Belegschaftsabbau betroffen; nun sank auch ihre Anzahl, allerdings bis zum Beginn der 1990er Jahre weiterhin deutlich unterproportional zum Abbau der Gesamtbeschäftigung. Im Ergebnis stieg die relative Ausländerbeschäftigung bei der Ruhrkohle AG trotz Anwerbestopp zwischen 1973 und 1990 weiter, wenn auch nicht linear, von 14,3 auf 18,7 Prozent¹³. Gegenläufig zur Entwicklung in der Gesamtwirtschaft, in der die „Gastarbeiter“ von der seit Mitte der 1970er Jahre und besonders in den 1980er Jahren massiv steigenden Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen waren, blieb der Steinkohlenbergbau also eine relativ stabile Beschäftigungsnische für ausländische Arbeitnehmer¹⁴. „Gastarbeiter“, die auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung ihren Arbeitsplatz in anderen Industrien verloren, besaßen im Steinkohlenbergbau noch längere Zeit vergleichsweise hohe Einstellungschancen. Vor allem aber waren die ausländischen Bergbaubeschäftigten im Steinkohlenbergbau gerade *nicht* die Ersten, die entlassen wurden, sondern wurden vom Belegschaftsabbau, der unter ganz spezifischen und sozialverträglichen Bedingungen stattfand, nur unterproportional betroffen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

5. Eine weitere Besonderheit der „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Ruhrbergbau ist die deutlich überproportionale Repräsentanz einer nationalen Herkunftsgruppe, deren Zuwanderung die langfristigen Folgen haben sollte. Weniger als zwei Jahre nach Inkrafttreten der türkisch-deutschen Anwerbevereinbarung von Ende 1961 bildeten türkische Arbeitsmigranten bereits die größte Ausländergruppe im

¹³ Ausländeranteile bei der Ruhrkohle AG in ausgewählten Jahren, in: Archiv für soziale Bewegungen Bochum (künftig: AfsB), IGBE-Archiv 10775. In totalen Zahlen sank die Ausländerbeschäftigung in dem genannten Zeitraum von 21.285 auf 17.169.

¹⁴ Vgl. dazu auch Hunn, Jahr, S. 353. 1973 hatte die Ausländerarbeitslosenquote mit 0,8 % noch unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt von 1,2 % gelegen. Bis 1981 war die bundesweite Ausländerarbeitslosigkeit auf 9,3 % gestiegen, der allgemeine Durchschnitt verharrte bei 5,9 %. Fritz Ziegler, Grunddaten und Grundsätze der Beschäftigung fremdsprachiger Mitarbeiter bei der RAG, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659. 1988 war die Ausländerarbeitslosigkeit, trotz der Rückkehrprogramme, bei 15,1 % angelangt, die allgemeine Arbeitslosenquote bei 9,2 %; vgl. Arbeitslosigkeit trifft Ausländer, in: Einheit 41 (1988), Ausgabe 3, S. 3.

Steinkohlenbergbau. Mitte der 1970er Jahre waren die ausländischen Beschäftigten der Ruhrkohle bereits zu über 70 Prozent türkischer Staatsangehörigkeit, Anfang der 1980er Jahre sogar zu etwa 80 Prozent, während der türkische Anteil an den ausländischen Beschäftigten im Bundesdurchschnitt seinerzeit bei etwas unter 30 Prozent lag¹⁵. Die Ruhrkohle AG war zu diesem Zeitpunkt bundesweit der größte Einzelarbeitgeber für türkische Arbeitnehmer¹⁶.

6. Obwohl mit den Türken die „Gastarbeitergruppe“ im Ruhrbergbau dominierte, die seit den 1970er Jahren immer mehr als besonderer integrationspolitischer Problemfall galt, wurde und wird der Ruhrbergbau oft als Beispiel für positive Integrationsleistungen hervorgehoben. Migrantorganisationen, geschichtswissenschaftliche Forschung und historische Akteure teilen, bei im Detail kontroversen Sichtweisen, im Prinzip die Einschätzung, dass es im Ruhrbergbau besser als anderswo gelang, aus der „Gastarbeiteranwerbung“ resultierende Probleme aufzufangen. Eine vom Kölner *Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei* in Auftrag gegebene Studie von 1995 konstatierte eine im Rückblick besondere Sensibilität des Bergbaus gegenüber den Problemen der ausländischen Beschäftigten¹⁷. Die Historikerin Karin Hunn erkennt für die 1970er Jahre eine vergleichsweise positive Entwicklung der sozialen und betrieblichen Lage der türkischen Bergbaubeschäftigten¹⁸, und die Ruhrkohle AG wie die IGBE haben gerne auf ihr frühes und nachhaltiges integrationspolitisches Engagement hingewiesen. Das IGBE-Vorstandsmitglied Willi Fabek griff einen schon länger bestehenden Topos auf, als er auf einer Gewerkschaftstagung zu Anfang der 1990er Jahre ausführte: „So hat die IG Bergbau und Energie von Beginn der Ausländerbeschäftigung an nicht zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden, sich für die Gleichbehandlung eingesetzt und ihre arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung durchgesetzt. Die ausländischen Arbeitnehmer wurden als gleichberechtigte Partner in die gewerkschaftliche Arbeit integriert und befähigt, gemeinsam mit den Deutschen für ihre gemeinsamen Interessen im Arbeitsleben einzutreten.“¹⁹

Vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen soll im Folgenden insbesondere die zuletzt angesprochene Sicht empirisch hinterfragt werden. Wie stand es um die „Integrationsleistungen“ im Ruhrbergbau von den 1950er bis zu den 1980er Jahren? Welchen Anteil nahm die IGBE daran? Dabei geht es im Folgenden weniger um die Erhebung und Diskussion relevanter sozialgeschichtlicher Daten für Integrationsprozesse im Zeitverlauf, etwa die Dauer der Betriebszugehörigkeit von ausländischen Beschäftigten, ihre betrieblichen Aufstiegschancen, ihre Repräsentanz in betrieblichen Vertretungsorganen und im

¹⁵ Fritz Ziegler, Grunddaten und Grundsätze der Beschäftigung fremdsprachiger Mitarbeiter bei der RAG, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

¹⁶ RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

¹⁷ Vgl. Manfred Burazerovic, Die Türken in der jüngeren Geschichte des Ruhrgebietes (unter besonderer Berücksichtigung des Essener Raumes), Essen 1995, S.62.

¹⁸ Vgl. Hunn, Jahr, S. 236.

¹⁹ Begrüßungsansprache Willi Fabek auf der „Recklinghäuser Tagung“ 1991, in: AfsB, IGBE-Archiv 10775.

gewerkschaftlichen Funktionärskader, die Segregationsprozesse in den Bergarbeitersiedlungen oder das Bildungs- und Heiratsverhalten in den ausländischen Bergarbeiterfamilien. Vielmehr konzentrieren sich die nachfolgenden Ausführungen wesentlich auf die Rekonstruktion von Stellungnahmen, Wahrnehmungen, Werthaltungen und Politiken der IGBE zur „Gastarbeiterbeschäftigung“. Es wird danach gefragt, welchen Stellenwert die IGBE der Ausländerbeschäftigung zum Maß, welche Probleme sie identifizierte, welchen ausländerpolitischen Handlungsbedarf sie sah und wie sie den Stand der Integration beurteilte. Für die Gliederung werden dabei drei Phasen unterschieden, deren Zäsuren jedoch jeweils als „weich“ zu verstehen sind: eine erste, die den Zeitraum von der deutsch-italienischen Anwerbevereinbarung 1955 bis zum so genannten Anwerbestopp 1973 umfasst; eine zweite für die 1970er Jahre, die durch Anwerbestopp, Familiennachzug und eine Intensivierung der Ausländerpolitik gekennzeichnet ist; und eine dritte in den 1980er Jahren, die wesentlich durch die Stichworte Rückkehrförderung, steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Ausländerfeindlichkeit geprägt ist.

„Gastarbeiteranwerbungen“ im Ruhrbergbau in den 1950er und 1960er Jahren

Die Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik war, dies gilt im Allgemeinen wie auch bezogen auf den Bergbau, in den 1950er und 1960er Jahren alles andere als ein zentrales Thema sozial-, wirtschafts- oder gesellschaftspolitischer Diskussion²⁰. Lediglich zu zwei Zeitpunkten lässt sich im Bergbau bis zum Anfang der 1970er Jahre eine etwas intensivere Auseinandersetzung mit der Ausländerthematik konstatieren: bei Beginn der „Gastarbeiterbeschäftigung“ auf den Zechen im Ruhrgebiet und im Aachener Revier 1956/57 und dann noch einmal im Jahre 1964 vor dem Hintergrund der neu aufflammenden Kohlenabsatzkrise.

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre befand sich die Ruhrkohlenförderung noch auf einem Wachstumskurs, dessen personelle Grundlage allerdings zunehmend gefährdet schien. Immer weniger Flüchtlinge und Vertriebene ließen sich als Neubergleute rekrutieren, bzw. immer mehr verließen den Bergbau nach kurzer Zeit wieder²¹. Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL), mit deren Gründung im November 1947 die Verwaltung der Zechen – vorerst noch unter Aufsicht der Militärregierung – wieder in deutsche Hände übergegangen war und in deren Gremien die IGBE, wenn auch nicht paritätisch, vertreten war, begann sich vor diesem Hintergrund bereits 1952 auf ausländischen Arbeitsmärkten umzusehen, beschränkte ihr Interesse aber auf Angehörige so genannter volksdeutscher Gruppen. So initiierte die DKBL eine Anwerbungsaktion, die zwischen dem Frühjahr 1953 und Anfang 1954 insgesamt 603 in Österreich gestrandete siebenbürgisch-

²⁰ Vgl. dazu allgemein Karin Schönwälder, *Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*, Essen 2001.

²¹ Vgl. zur hohen Fluktuation auf den Zechen Roseman, *Recasting the Ruhr*, S. 253–263.

sächsische Flüchtlinge in das Ruhr- und Aachener Revier vermittelte, u. a. auch an Zechen des Eschweiler Bergwerks-Vereins (EBV), dessen Leitung aufkeimenden Überfremdungsängsten mit der Versicherung entgegentrat, dass sich die „beschäftigten Siebenbürgersachsen [...] als urdeutsche, ehrliche, ordentliche Menschen und gute Kameraden“ erweisen würden²². Der Unternehmensverband Ruhrbergbau (UVR), der Ende 1953 mit der Liquidation der DKBL als neue Arbeitgeberorganisation gegründet worden war, führte solche Bestrebungen fort, indem er sich weiter um die Rekrutierung von „Volksdeutschen“ aus Österreich und Südtirol bemühte. Dagegen zählte der UVR nicht zu den Interessengruppen in der deutschen Wirtschaft, die auf einen Abschluss der 1954 begonnenen Gespräche zwischen italienischen und deutschen Regierungsstellen über Arbeitskräfteanwerbungen für die deutsche Volkswirtschaft drängten²³, sondern lehnte im Gegenteil unmittelbar nach Abschluss des zwischenstaatlichen Anwerbeabkommens Ende 1955 die Rekrutierung von italienischen Arbeitern noch explizit ab²⁴. Dabei dürften die schlechten Erfahrungen der Zechen mit den Arbeitsleistungen italienischer Fremd- und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges durchaus eine Rolle gespielt haben. In der Ablehnung der Beschäftigung von italienischen Wanderarbeitern bestand darüber hinaus Konsens mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und mit der IGBE. „Kennst du das Land, wo die Zitronen blühen? – an der Ruhr liegt es bestimmt nicht“, wandelte ein Artikel von 1955 in der Betriebsrätezeitschrift der IGBE den Goethe-Vers ab, der in den 1950er Jahren zum Inbegriff der deutschen Italiensehnsucht wurde, um der befürchteten Deutschlandsehnsucht süditalienischer Wanderarbeiter entgegenzutreten²⁵. Erst als sich im Verlaufe des Jahres 1956 die Pläne zur Anwerbung von „Volksdeutschen“ endgültig zerschlugen, weichte die ablehnende Haltung auf Seiten der

²² Schreiben des EBV an die IGB-Hauptverwaltung vom 9. 3. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 976a. Vgl. allgemein auch Steinert, Chianti, S. 135–149, hier S. 139.

²³ Die Initiative zu diesen Kontakten ging ohnehin von der italienischen Seite aus. Aus der deutschen Wirtschaft zeigten zunächst vor allem die südwestdeutsche Landwirtschaft und die Bauindustrie nachhaltiges Interesse. Vgl. zum Zustandekommen des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens Johannes-Dieter Steinert, Die deutsch-italienische Wanderungsvereinbarung und die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte in den späten 1950er Jahren, in: Volker Ackermann u. a. (Hrsg.), Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen 1995, S. 439–455; Yvonne Rieker, „Ein Stück Heimat findet man ja immer“. Die italienische Einwanderung in die Bundesrepublik, Essen 2003, S. 19 ff.; O. P. B., Wir brauchen keine ausländischen Arbeiter, in: Die Bergbauindustrie 7 (1954), S. 418; Barbara Sonnenberger, Verwaltete Arbeitskraft: die Anwerbung von „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeitern“ durch die Arbeitsverwaltung in den 1950er und 1960er Jahren, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2003, S. 145–174.

²⁴ Vgl. „Ausländische Arbeitskräfte im kommenden Jahr unentbehrlich“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 8. 11. 1955; „Arbeitskräfte für den Steinkohlenbergbau. Die bisherige Entwicklung“, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 134–137; vgl. auch Johannes-Dieter Steinert, Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995, S. 218 f.

²⁵ Vgl. 150-Millionen-Kapazität an der Ruhr. Kohlenpolitische Fragen – Gibt es genug Bergleute?, in: Bergbau und Wirtschaft 8 (1955), S. 522–524.

Bergbauunternehmer auf, und zumindest einige Unternehmen begannen sich im Rahmen der Anwerbevereinbarung um italienische Arbeitskräfte zu bemühen²⁶.

Dies wiederum verstärkte die Abwehrreaktionen bei der IGBE deutlich, bis hin zu einem formellen Beschluss auf der Kasseler Generalversammlung von Anfang 1956, die den Gewerkschaftsvorstand aufforderte, alles zu tun, „um die Einschleusung von italienischen Bergleuten zu verhindern“²⁷. Als „klassisches“ Hauptbedenken brachte die IGBE vor, dass die Beschäftigung gewerkschaftlich schlecht organisierbarer ausländischer Wanderarbeiter die Durchsetzung sozial- und tarifpolitischer Verbesserungen erheblich erschweren würde und die Bergbauunternehmen die Italiener sogar als „Lohndrücker“ einsetzen könnten²⁸. Wenigstens partiell reichten die mit der Aufnahme einer Ausländerbeschäftigung verbundenen Krisenszenarien in der IGBE noch weiter, und ein Autor in der Mitarbeiter- und Betriebsrätezeitschrift der IGBE befürchtete „eine grundsätzliche Abkehr von dem Gedanken des hochwertigen Bergmannstums und einen Rückfall in das durch jahrelange und mühevollte Kleinarbeit beseitigt geglaubte ‚Helotentum‘. Der negative Weg [der Ausländerbeschäftigung] würde nach meiner Überzeugung allem, was wir in der Nachkriegszeit an menschlicher Aufbauarbeit geleistet haben, einen vernichtenden Schlag versetzen.“²⁹ Dies entsprach bis hin zur semantischen Bemühung des „Helotentums“ dem Argument, das die Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets zu Beginn des Zweiten Weltkrieges zunächst vorgebracht hatten, um die Beschäftigung von „Fremdarbeitern“ und Kriegsgefangenen auf den Zechen zu verhindern³⁰. Den Königsweg zur Lösung der Beschäftigungsprobleme sah die IGBE vielmehr in einem Ausbau der Sozialpolitik, durch den abgewanderte Bergarbeiter zur Rückkehr bewogen und Jugendliche für den Bergbau gewonnen werden sollten³¹.

²⁶ Schreiben des EBV an die IGBE-Hauptverwaltung vom 9. 3. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 976a.

²⁷ Stellungnahme der Abt. Betriebsräte u. Arbeitsschutz der IGBE an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes vom 30. 5. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a; vgl. Wallbruch, Italiener retten den Bergbau nicht. Zur Anlegung fremdländischer Arbeiter, in: Die Bergbauindustrie 9 (1956), S. 245 f.; Heinrich Gutermuth, Probleme der Bergbauwirtschaft in gewerkschaftlicher Sicht, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 282–286.

²⁸ O. P. B., Wir brauchen keine ausländischer Arbeiter, S. 418; W. Fild, Italienische Wanderarbeiter? Heranziehung ausländischer Arbeiter nicht notwendig, in: Die Bergbauindustrie 8 (1955), S. 158 f.

²⁹ Grundsatzfragen der bergmännischen Berufsausbildung, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 267–273.

³⁰ Vgl. dazu auch Hans-Christoph Seidel, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter, Essen 2010, S. 201 ff.

³¹ Vgl. W. Fild, Ruhrbergbau könnte 132 Millionen Tonnen fördern, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 238–240. Gänzlich unberührt von dieser Diskussion blieb im Übrigen die ebenfalls auf Staatsverträgen beruhende, Anfang 1957 einsetzende, Beschäftigung einer begrenzten Anzahl von gelernten Bergleuten aus Japan auf den Ruhrzechen. Gegen die zeitlich befristete Beschäftigung der Japaner, die ausschließlich zu Fortbildungszwecken erfolgen sollte, hatte die IGBE nichts einzuwenden. Vgl. Gemeinsame Niederschrift über ein Programm zur vorübergehenden Beschäftigung von japanischen Bergarbeitern im Ruhrbergbau vom 18. 7. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a.

Der argumentative Spielraum der IGBE zur Abwehr der Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte war jedoch stark eingeschränkt, schon allein weil das zwischenstaatliche Anwerbeabkommen nun einmal existierte. Vor allem aber hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Artikel 69 des Gründungsabkommens nicht nur verpflichtet, jegliche sich auf Staatsangehörigkeit gründende Beschränkung der Beschäftigung von anerkannten Kohle- und Stahlfacharbeitern innerhalb der Gemeinschaft zu beseitigen – hier ließ sich wenigstens trefflich streiten, was genau unter einem anerkannten Kohle- und Stahlfacharbeiter zu verstehen war. Vielmehr regelte der Artikel auch über den Facharbeiterkreis hinaus, dass bei einer durch Arbeitskräftemangel gehemmten Erzeugung in der Stahl- und Kohlenindustrie die jeweiligen nationalen Einwanderungsbestimmungen in dem zur Beseitigung dieses Zustandes notwendigen Maße zu ändern waren³². Es ließ sich kaum bestreiten, dass mit mehr Arbeitskräften mehr Kohle gefördert werden konnte und diese Kohle innerhalb der EGKS auch gebraucht wurde. So drängte die Hohe Behörde seit dem Frühjahr 1956 auf die Aufstockung der bergmännischen Belegschaften im Aachener und Ruhrrevier um 17.000 bis 20.000 Mann, um die bestehenden Möglichkeiten zur Fördersteigerung zu nutzen. Nach Auffassung des Exekutivorgans der EGKS war dies nur durch die Anwerbung von Südeuropäern bzw. Italienern möglich, die „das große künftige Kräfte-reservoir für den westeuropäischen Bergbau“ bilden würden³³.

Damit blieb der IGBE als letztes Argument gegen die Ausländerbeschäftigung, von dem man eine gewisse Wirkung erhoffen konnte, die Berufung auf Sicherheitsaspekte und den berüchtigten, seit 1899 existierenden Paragraphen 309 der Bergpolizeiverordnung, der die Beschäftigung von nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeitskräften in Untertagebetrieben untersagte bzw. an Ausnahme-genehmigungen durch das Dortmunder Oberbergamt band. Der Paragraph hatte seit der Jahrhundertwende der Abschließung des Ruhrbergbaus gegen fremde Arbeitskräfte gedient, sofern diese wünschenswert erschien. Das Sicherheitsargument gewann darüber hinaus in der öffentlichen Wahrnehmung noch dadurch an Plausibilität, dass sich im traditionell stark von der Ausländerbeschäftigung geprägten belgischen Bergbau, auf der Zeche Le Bois du Cazier in Marcinelles, am 6. August 1956 eine Grubenkatastrophe ereignete, die circa 270 Bergarbeiter, etwa die Hälfte von ihnen italienische „Gastarbeiter“, das Leben kostete³⁴. Das Bestreben der Bergbaugewerkschaft richtete sich in der Folge vor allem darauf, das

³² Grundsätzlich fand der Artikel 69 auch die Zustimmung der IGBE. „Schon immer haben wir gewünscht, dass der Arbeiter unbeschadet seiner Nationalität und der bestehenden Staatsgrenzen dort seine Arbeit suchen kann, wo er das für am günstigsten hält.“ Allerdings drängte man auf eine genaue und enge Definition des Terminus „anerkannter Facharbeiter“. Vgl. Es geht um Freizügigkeit, in: Bergbau und Wirtschaft 7 (1954), S. 365.

³³ Niederschrift zu einer Besprechung der Hohen Behörde mit Vertretern der deutschen Regierung und des Steinkohlenbergbaus am 20. 3. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a; Schreiben der Hohen Behörde an den UVR vom 30. 5. 1956, in: Ebenda.

³⁴ Vgl. 379.000 Ausländer in Belgien. Ausländische Arbeitskräfte im Nachbarland, in: Die Bergbauindustrie 9 (1956), S. 278.

Oberbergamt davon zu überzeugen, die Zahl der Ausnahmegenehmigungen für fremdsprachige Bergarbeiter so gering wie möglich zu halten³⁵. Im Frühjahr 1957 ließ sich diese abwehrende Haltung aber schließlich nicht mehr durchhalten, allein schon weil die IGBE für diese Haltung keine Unterstützung fand und sie sich ins Unvermeidliche fügte. Der IGBE-Vorsitzende, Heinrich Gutermuth, erklärte jedenfalls gegenüber einer italienischen Gewerkschaftsdelegation offiziell, dass die staats- und gewerkschaftspolitischen Bedenken seiner Organisation gegen die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte fortgefallen seien³⁶.

Im Anschluss daran verebte die Debatte um die Gastarbeiterbeschäftigung im Bergbau für mehrere Jahre fast vollends, zumal sich der tatsächliche Umfang der Gastarbeiterwerbungen durch die Bergbauunternehmen vorerst in Grenzen hielt. Der Abschluss der zwischenstaatlichen Anwerbevereinbarungen mit Griechenland und Spanien von 1960 und die Ankunft der ersten, relativ kleinen Gastarbeitergruppen aus diesen Staaten auf den Ruhrzechen fanden in der bergbaugewerkschaftlichen wie auch in der unternehmensnahen Presse kaum Beachtung. Es erschienen allenfalls kurze sachliche Meldungen über die Zahl der im so genannten Bergbaudurchgangslager in Essen-Heisingen neu eintreffenden Gruppen aus den Anwerbeländern³⁷. Auch das Anwerbeabkommen mit der Türkei von Ende 1961³⁸ blieb in den zeitgenössischen Publikationen des Bergbaus fast unkommentiert. Das offizielle Verbandsorgan der IGBE, „Einheit“, bemerkte dazu lakonisch, dass weder an die Zahl noch an die Verwendbarkeit der türkischen Arbeitskräfte viele Hoffnungen geknüpft werden dürften³⁹.

Erst 1964 fand das Thema „Ausländerbeschäftigung“ wieder stärkere Aufmerksamkeit in den sozial- und wirtschaftspolitischen Debatten im Bergbau. Dies lässt sich zum einen im Rahmen einer auch allgemein in der deutschen Öffentlichkeit im Herbst 1964 anhebenden Debatte über den Charakter und die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung deuten⁴⁰, hatte zum anderen aber auch Hintergründe in der Krisenentwicklung des Steinkohlenbergbaus. Ende 1961 war deutlich geworden, dass die Absatzkrise trotz der zwischenzeitlichen Stabilisierung nicht überwunden war, sondern an Schärfe zuzunehmen drohte. Dem im Spätsommer

³⁵ Stellungnahme der Abt. Betriebsräte u. Arbeitsschutz der IGBE an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes vom 30. 5. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a; Wallbruch, Italiener retten den Bergbau nicht, S. 245 f.

³⁶ Schreiben der Hauptverwaltung der IG Bergbau an den Bundesvorstand des DGB vom 20. 5. 1957, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a.

³⁷ Vgl. Griechen für den Ruhrbergbau, in: Die Bergbauindustrie 13 (1960), Ausgabe 6, S. 1.

³⁸ Vgl. dazu allgemein Mathilde Jamin, Die deutsch-türkische Anwerbevereinbarung von 1961 und 1964, in: Aytac Eryilmaz/Mathilde Jamin (Hrsg.), Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998, S. 69–82; zu den Anwerbevereinbarungen im Überblick vgl. Christoph Rass, Institutionalierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt. Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974, Paderborn 2010; Heike Kortz, Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln u. a. 2008.

³⁹ Vgl. Es fehlen Arbeitskräfte. Türken und Japaner werden für die Bundesrepublik angeworben, in: Einheit 14 (1961), Ausgabe 16, S. 4.

⁴⁰ Vgl. dazu Schönwälder, Einwanderung.

1963 gegründeten Rationalisierungsverband war die Aufgabe zugeordnet, als Selbstverwaltungsorgan der Kohlenwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Steinkohlenbergbaus zu verbessern, indem er dessen Konzentrationsprozess unter Verwendung dafür bereitgestellter öffentlicher Mittel in erheblicher Höhe förderte. Die ausgeschütteten Stilllegungsprämien machten aber auch die Schließung solcher Zechen profitabel, die respektable Leistungsziffern aufwiesen und noch betriebswirtschaftlich rentabel fördern konnten. Das Zechensterben beschleunigte sich, und die Anmeldung von 31 Groß- und 20 Kleinzechen beim Rationalisierungsverband zum 31. Oktober 1964 zur beabsichtigten Schließung wirkte in der Region wie ein Schock⁴¹. Die düsteren Zukunftsaussichten veranlassten insbesondere gut ausgebildete Bergarbeiter in noch größerer Zahl als zuvor zum Verlassen des Bergbaus und hemmten die Bereitschaft von Volksschulabgängern, einen bergbaulichen Lehrberuf zu ergreifen⁴². Um die entstehenden Belegschaftslücken zu füllen, verstärkten die Bergbauunternehmen ihre Bemühungen zur Anwerbung ausländischer, nun vor allem türkischer Arbeitskräfte. Der Anteil der „Gastarbeiter“ an den Neueinstellungen auf den Zechen stieg von 21 Prozent in 1960 auf 62 Prozent in 1964⁴³. Der durchschnittliche Ausländeranteil in den Belegschaften des Steinkohlenbergbaus erreichte zur Mitte des Jahres 1964 etwa 7,5 Prozent, lag aber in den eigentlich produktiven Bereichen der Zechenbetriebe – an den Kohlengewinnungspunkten unter Tage – deutlich höher⁴⁴.

Vor diesem Hintergrund nahm sich die IGBE des Themas „Gastarbeiterbeschäftigung“ wieder stärker an. Bezeichnend für das bis dahin – immerhin acht Jahre nach Beginn der „Gastarbeiteranwerbungen“ – mäßige Interesse und Engagement der Bergbaugewerkschaft bei diesem Thema war es, dass der Hauptvorstand nun, als er die „Gastarbeiterbeschäftigung“ öffentlich thematisieren wollte, grundlegende Informationen zu den Beschäftigungsverhältnissen erst einholen musste. So wusste man in der Hauptverwaltung der IGBE nicht, wie sich die aus-

⁴¹ Vgl. Abelshäuser, Ruhrkohlenbergbau, S. 106 ff.

⁴² Vgl. ... der Nachwuchs?, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 121; Für ein soziales Europa! 1. Europäische Kundgebung für ein Bergarbeiterstatut. Referat des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der IG Bergbau und Energie Walter Arendt, in: Ebenda, S. 430–434.

⁴³ Vgl. Hunn, Jahr, S. 109. Die Angabe bezieht sich nur auf Arbeitsmarkt-, nicht auf Ausbildungseinstellungen.

⁴⁴ Die vorstehenden Zahlenangaben nach: IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236; Walter Arendt, Sicherung der Belegschaft für den Steinkohlenbergbau. Ein Problem von heute und morgen, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 703–710; J. Triem, Zwischen Soll und Haben. Notizen zum Belegschaftsproblem im Steinkohlenbergbau, April 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 1262a. Allerdings verbargen sich hinter solchen Durchschnittszahlen noch ganz unterschiedliche Verhältnisse, die aus abweichenden Ausgangslagen und Belegschaftspolitikern der Unternehmen und Zechen resultierten. In Bochum beispielsweise verzeichnete die Zeche Robert Müser einen Anteil ausländischer Arbeitskräfte von lediglich 0,45 %, die benachbarte Zeche Lothringen dagegen von 17,8 %. Vgl. Malvache, Beschäftigung, in: Bochumer Kulturrat (Hrsg.), Die drei großen Herren, S. 212.

ländischen Beschäftigten auf die einzelnen Zechen verteilen⁴⁵. Daher wandte man sich zunächst mit einem Fragebogen an die Arbeitsdirektoren in den Unternehmensvorständen, um sich über die jeweilige betriebliche Situation zu informieren. Der Erhebungsbogen zielte darüber hinaus offenkundig darauf ab, Argumente zur Problematisierung der „Gastarbeiterbeschäftigung“ zu gewinnen. Abgefragt wurden Kosten, Fluktuation sowie die Häufigkeit von Krankenschichten und Unfällen. Eine Frage lautete explizit: „Welche Maßnahmen können gegebenenfalls ergriffen werden, um die Anlegung deutscher Arbeitskräfte so weit zu fördern, dass auf Ausländer verzichtet werden kann?“⁴⁶ Die Arbeitsdirektoren benannten zwar tatsächlich – „wie gewünscht“ – betriebliche Probleme mit den „Gastarbeitern“, stellten aber zugleich explizit fest, dass es, erstens, keine Alternative zu deren Einstellung gäbe, da die Zechen auf dem heimischen Arbeitsmarkt chancenlos seien, und dass sich, zweitens, die „Gastarbeiterbeschäftigung“ betriebswirtschaftlich für die Unternehmen rechne⁴⁷.

Dennoch versuchte die IGBE in der Folge wieder Zweifel am Sinn und Nutzen der „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Bergbau zu säen. Insbesondere in den Reden des frisch gekürten geschäftsführenden Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Arendt zur Lage im Bergbau fehlte in der zweiten Jahreshälfte 1964 selten der Verweis auf negative Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung, stets abgedefert durch das Bekenntnis, dass sich diese Feststellung nicht gegen die „Gastarbeiter“ selbst richte und man deren Interessen, wenn sie erst einmal auf den Zechen beschäftigt seien, konsequent und kompromisslos vertreten würde⁴⁸. Als Hauptargument gegen die „Gastarbeiteranwerbungen“ diente nun die für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Steinkohlenbergbaus notwendige Technisierung und Mechanisierung der Untertagebetriebe, die eine gut ausgebildete und qualifizierte Stammebelegschaft erfordere, welche die „Gastarbeiter“ wegen ihrer Fremdsprachigkeit, ihres geringen Bildungsstandes und ihres Rückkehrwillens nicht stellen bzw. ergänzen könnten⁴⁹. Im Gegenteil, so die Argumentation, verstärke die Ausweitung der „Gastarbeiterbeschäftigung“ die Abkehr von Facharbeitern und bremse die Anwerbung von Facharbeiternachwuchs. „Nicht zuletzt muss beachtet werden“, stellte Arendt fest, „dass eine hohe Gastar-

⁴⁵ IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, S. 5, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236. Allgemein zum relativ geringen gewerkschaftlichen Interesse an der Ausländerbeschäftigung vgl. auch Hasan Kamalak/Ufuk Altun, Arbeitsmigration in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen sowie der gewerkschaftlichen Haltung, Berlin 2006.

⁴⁶ Die Beschäftigung von Gastarbeitern und die damit zusammenhängenden Gefahren, 6. 10. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 1262a.

⁴⁷ Reaktionen der Arbeitsdirektoren auf die Umfrage der IGBE bei Markus Lupa/Wolfgang Jäger (Bearb.), Geschichte der Ausländer in Deutschland, o. O. [Haltern] o. J. [1997], S. 59 ff.

⁴⁸ Vgl. Für ein soziales Europa!, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 430–434.

⁴⁹ Vgl. Wir müssen die Probleme unserer Zeit meistern. Die Rede des 1. Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie Walter Arendt zum Abschluss des 8. Gewerkschaftskongresses in Wiesbaden, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 492–498.

beiterquote in einem Betrieb zwangsläufig dazu führt, dass einheimische Arbeitskräfte verstärkt abwandern bzw. der Nachwuchsstrom versiegt.⁵⁰ In der gedanklichen Konsequenz stellte die „Gastbeschäftigung“ damit die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bergbaus in Frage. Arendt vermied auch nicht immer den polemischen Bezug auf stigmatisierende Topoi, etwa wenn er in einer Bundestagsrede die Unmöglichkeit, den bergbaulichen Facharbeiterbedarf aus der Türkei zu decken, mit einer dort angeblich herrschenden Analphabetenquote von 80 Prozent begründete⁵¹.

Die Stoßrichtung der wieder zunehmenden gewerkschaftlichen Kritik an der Gastarbeiterbeschäftigung richtete sich keineswegs spezifisch gegen die türkischen Arbeitsmigranten. Sie war aber gleichwohl von der Ausweitung der bergbaulichen „Gastarbeiteranwerbungen“ auf außereuropäische Staaten nicht völlig unbeeinflusst. Wenn das IGBE-Vorstandsmitglied Heinz Kegel öffentlich räsionierte, dass sich der Bergbau erst auf den Wert der deutschen Arbeitskraft besinnen werde, wenn der erste „Kannibale“ als „Gastarbeiter“ käme und „begehrliche Blicke auf einen Zechendirektor“ werfe, spielte er weniger auf die Türkei an, die in den 1960er Jahren noch ganz überwiegend vorbehaltlos als zur „zivilisierten“ europäischen Kultur gehörig wahrgenommen wurde⁵². Vielmehr hob Kegel offensichtlich auf eine 1963 mit Marokko geschlossene Anwerbevereinbarung ab, die im Gegensatz zu den bisherigen zwischenstaatlichen Verträgen ausschließlich für den Steinkohlenbergbau galt⁵³. Zudem befürchtete man innerhalb der IGBE eine weitere Ausdehnung der Arbeitskräfteanwerbungen nach Afrika, Asien und Südamerika, woran zahlreiche dortige Regierungen nachhaltiges Interesse bekundet hatten⁵⁴.

Im Gegensatz zur allgemeinen Debatte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit über das Für und Wider der Gastarbeiterbeschäftigung, die erst im Frühjahr 1966 einen Kulminationspunkt erreichte und bis zum Ausbruch der Rezession von 1966/67, mit der ein zeitweiliger Rückgang der Gastarbeiterzahlen verbunden

⁵⁰ Walter Arendt, Sicherung der Belegschaft für den Steinkohlenbergbau. Ein Problem von heute und morgen, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 703–710, hier S. 710.

⁵¹ Vgl. Energiepolitik 1964 im Deutschen Bundestag. Die Bundestagsdebatte vom 13. November, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 676–691.

⁵² Bericht Heinz Kegel vom 14. 2. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 1262. Kegel musste sich verschiedentlich gegen eine seiner Ansicht nach missverständliche Interpretation seiner Ausführungen zur Wehr setzen. Vgl. AfsB, IGBE-Archiv 89.

⁵³ Vgl. auch Steinert, Chianti, S. 144f. Mitte des Jahres 1964 waren gut 1.200 Marokkaner im deutschen Steinkohlenbergbau beschäftigt. Vgl. IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236. Die Vereinbarung mit Marokko beruhte auf einem Alleingang von Arbeitsminister Blank. Das Kabinett hatte eigentlich den Grundsatz gefasst, trotz zahlreicher Anfragen von außereuropäischen Staaten keine Vereinbarungen über Arbeitskräfteanwerbungen mit diesen zu schließen. Vgl. auch Hisashi Yano, „Wir sind benötigt, aber nicht erwünscht.“ Zur Geschichte der ausländischen Arbeitnehmer in der Frühphase der Bundesrepublik, in: Eryilmaz/Jamin (Hrsg.), Heimat, S. 39–55, hier S. 46.

⁵⁴ Tatsächlich legten 1965 mit einer kleinen Gruppe von Chilenen auch die ersten südamerikanischen Arbeitskräfte im Ruhrbergbau an. Vgl. Einheit 18 (1965), Ausgabe 15, S. 3.

war, fort dauerte⁵⁵, brach die Diskussion im Bergbau Anfang 1965 ziemlich abrupt ab, obwohl sich die Talfahrt des Ruhrkohlenbergbaus in diesen Monaten noch beschleunigte. Bis zum Ende der 1960er Jahre waren die Themen „Ausländerbeschäftigung“ oder „Gastarbeiter“ in den Periodika der IGBE praktisch nicht mehr existent. Spezifisch an der Debatte im Bergbau zur Mitte der 1960er Jahre war darüber hinaus, dass die Ausländerbeschäftigung dezidiert als Krisensymptom wahrgenommen wurde. Steigende Ausländerzahlen wertete die IGBE als Ausdruck des Abwärtssoges im Kohlenbergbau und als Bremse für dessen wirtschaftliche, soziale und technische Innovationsfähigkeit, die allein Auswege aus der Strukturkrise versprach. In der allgemeinen Wahrnehmung verband sich die Gastarbeiteranwerbung dagegen zu diesem Zeitpunkt noch mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik und galt weitgehend unbestritten als notwendige Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum⁵⁶.

Die kontroverse Haltung zur Ausländerbeschäftigung, die im Bergbau bis zum Ende der 1960er Jahre vorherrschend blieb, schlug sich allerdings nicht in einer spürbar negativen Attitüde gegenüber den „Gastarbeitern“ nieder, die die Arbeit in den Bergbaubetrieben aufgenommen hatten. Den jungen Männer aus den Anwerbeländern, die in die Wohn- und Ledigenheime der Zechen einzogen, wurde zwar nicht viel Aufmerksamkeit zuteil, sie wurden in der Regel aber durchaus entgegenkommend aufgenommen. Das gilt auch für die Türken, die weder wegen ihrer vermeintlich außereuropäischen Herkunft noch wegen ihrer Religion in besonderer Weise negativ wahrgenommen wurden. Die Bergwerksgesellschaften trugen den religiösen Bedürfnissen ihrer türkischen Neubergleute bereitwillig Rechnung, richteten in den Wohnheimen mit großer Selbstverständlichkeit Gebetsräume ein und beauftragten Imame mit der religiösen Betreuung⁵⁷. Andere Lebensgewohnheiten und Mentalitäten wurden zumeist, wenn überhaupt, in einem väterlich-freundlichen Duktus kommentiert. So thematisierte die Mitgliederzeitschrift der IGBE die sprichwörtliche Heißblütigkeit junger südländischer Männer in Liebesdingen und verband dies mit der Warnung an junge Frauen – gemeint waren die Bergarbeitertöchter –, sich nicht auf Liebesverhältnisse einzulassen: „Sie [die jungen Männer aus dem Süden] kommen und gehen wie die Zugvögel. Zurück bleiben immer mehr gebrochene Herzen verlassener Mädchen. Und immer zahlreichere Babys, für die niemand sorgt!“⁵⁸ Doch blieb der Duktus des Artikels freundlich und vermittelte die mehr oder weniger augenzwinkernde Botschaft: Sie sind eben so, wie sie sind. Deutlich kritischer beurteilt wurde die Beobachtung rechts- oder linksextremistischer Betätigungen von ausländischen

⁵⁵ Ich folge hier Schönwälder, *Einwanderung*.

⁵⁶ Vgl. dazu auch Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 218.

⁵⁷ Vgl. Hunn, *Jahr*, S. 106 f.

⁵⁸ Antonio ist verheiratet. Liebe der Gäste aus dem Süden nicht ohne Probleme, in: *Einheit 16* (1963), Ausgabe 12, S. 7. Vgl. zu dieser Wahrnehmung auch Rita Chin, *The Guest Worker Question in Postwar Germany*, Cambridge 2007, S. 42 f.

Bergbaubeschäftigten⁵⁹, doch gemessen an vorherigen Befürchtungen hielten sich beispielsweise die „kommunistischen Umtriebe“ italienischer Arbeitsmigranten im Ruhrbergbau in Grenzen. Zum Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre setzten auch Bemühungen ein, außerbetriebliche Kontakte zwischen „Gastarbeitern“ und Einheimischen herzustellen. Vor allem in die Jugendarbeit der IGBE wurden zunehmend Begegnungen mit jungen ausländischen „Gastarbeitern“ in Form von Fußballspielen oder Beatabenden integriert⁶⁰. Diese organisierten Kontakte verbanden sich aber keineswegs mit einer Integrationsdebatte, in der die Basis für ein dauerhafteres Zusammenleben und -arbeiten ausgehandelt worden wäre, gingen doch alle Beteiligten von einem nur kurzen Arbeitsaufenthalt der „Gastarbeiter“ auf den Zechen aus. Vielmehr sollten die Begegnungen der Bezeugung und Bekräftigung von Gastfreundschaft und Völkerverständigung dienen.

Soziale Probleme der „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Bergbau, etwa bei der Unterbringung in den Wohnheimen, wurden bis zum Anfang der 1960er Jahre kaum thematisiert⁶¹. Soziale Konflikte, die sich auf einigen Zechen in so genannten wilden Ausländerstreiks Bahn brachen, resultierten vor allem daraus, dass viele „Gastarbeiter“ über die sie erwartenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse unzureichend oder falsch informiert waren und beispielsweise Brutto- für Nettolöhne gehalten hatten. Solches Aufbegehren wurde, auch auf Betreiben der Zechenleitungen, mit der ganzen Härte eines Ausländerrechts verfolgt, das in Teilen noch den im Nationalsozialismus geltenden Bestimmungen entsprach: Die so genannten Rädelsführer wurden entlassen und postwendend aus der Bundesrepublik ausgewiesen⁶². Eine moderierende, auf Ausgleich bedachte Funktion der IGBE in diesen Konflikten ist nicht zu erkennen. In den organisierten Protestaktionen der IGBE gegen Zechenschließungen und Arbeitsplatzabbau, die einerseits die Empörung in den Belegschaften kanalisieren halfen und andererseits an die politischen Entscheidungsträger in Bonn gerichtete Machtdemonstrationen darstellten, tauchen die „Gastarbeiter“ erstmals Mitte der 1960er Jahre als identifizierbare Gruppe auf. So enthält eine in der „Einheit“ von 1964 abgedruckte Fotostrecke eine mit „Auch die ausländischen Arbeitnehmer fühlen sich hintergangen“ unter-

⁵⁹ (IGBE-Betriebsgruppe Alsdorf), Bericht über faschistische Umtriebe unter jugoslawischen Fremdarbeitern bei den Anna-Gruben (1957), in: AfsB, IGBE-Archiv 1343.

⁶⁰ Vgl. z. B. Der Anfang war ein voller Erfolg. Kontakt mit Italienern auf Walsum, in: Einheit 14 (1961), Ausgabe 16, S. 3; Kapellenwettstreit in Datteln, in: Ebenda 18 (1965), Ausgabe 2, S. 5; Türken im Endspiel. Brauck gewinnt Fußballturnier, in: Ebenda 17 (1964), Ausgabe 15, S. 5.

⁶¹ Allerdings könnten die Probleme, die sich mit der Unterbringung der jungen, ledigen „Gastarbeiter“ in Massenunterkünften verbanden, im Bergbau geringer gewesen sein als in anderen Bereichen, da die Zechen über einen großen Bestand an Wohn- und Ledigenheimen verfügten und in der Regel keine provisorischen Unterbringungsmöglichkeiten schaffen mussten.

⁶² Vgl. auch Peter Birke, Wilde Streiks im Wirtschaftswunderland. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und in Dänemark, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 120; Hunn, Jahr, S. 113 f.; „Wilder Streik türkischer Bergleute. Sie fordern Spitzenlohn ohne Abzug“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17. 3. 1962, abgedruckt in: Jäger/Lupa (Bearb.), Geschichte, S. 68.

titelte Abbildung, auf der ausländische Teilnehmer an einem Protestzug der IGBE zu sehen sind, die ein Transparent mit der Aufschrift „Warum hat man uns nach Shamrock geholt?“ tragen⁶³. Die Gewerkschaft zeigte insgesamt jedoch an der besonderen sozialen Situation der ausländischen Bergarbeiter jenseits von deren formaler sozialpolitischer und tariflicher Gleichbehandlung, die nicht zuletzt dem tarifpolitischen Schutz der einheimischen Mitglieder diene, bis dahin kaum echtes Interesse.

Zwar wurden schon 1957 innerhalb der IGBE stärkere Bemühungen eingefordert, die „Gastarbeiter“ im eigenen Verband zu organisieren, doch intensivere Organisationsbestrebungen setzten erst Anfang der 1960er Jahre auf lokaler und bezirklicher Ebene ein, allerdings nur dort, wo in dieser Frage engagierte Gewerkschaftsfunktionäre tätig waren, wie beispielsweise im Bezirk Hamborn der später beim Hauptvorstand der IGBE für Ausländerfragen zuständige Klaus Beer⁶⁴. So gab es Anfang der 1960er Jahre durchaus Bezirke, in denen bereits mehr als zwei Drittel der „Gastarbeiter“ gewerkschaftlich organisiert waren, zugleich aber auch andere, in denen deren Organisationsgrad noch gegen null tendierte. Insgesamt war bis Ende 1963 bezogen auf den gesamten deutschen Bergbau ein gutes Viertel der „Gastarbeiter“ Mitglied in der IGBE geworden, nur bezogen auf den Ruhrbergbau ein gutes Fünftel⁶⁵. Seitdem wurden die Bemühungen um die Organisation der Ausländer allerdings deutlich intensiviert und systematisiert, einerseits weil die IGBE trotz aller Vorbehalte gegen die „Gastarbeiterbeschäftigung“ schließlich gezwungen und auch willens war, deren Präsenz und ihre steigende Bedeutung für die absehbare Zukunft anzuerkennen, andererseits weil man insbesondere von den Türken andernfalls die Bildung gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsähnlicher Sonderorganisationen befürchtete, wie sie sich mit der Gründung des „Vereins türkischer Arbeitnehmer in Köln und Umgebung“ abzeichnen schien. Das Haupthindernis gerade für die Organisation der türkischen „Gastarbeiter“ sah man in der Sprachbarriere, zumal zumeist weder die Gewerkschaft, noch die ausländischen Arbeitnehmer den in den Wohnheimen eingesetzten Dolmetschern trauten⁶⁶. Die Dolmetscher standen in dem Ruf, ihre Mittlerposition oft für Eigeninteressen auszunutzen. Das gewerkschaftliche Engagement in der „Gastarbeiterbetreuung“ richtete sich daher in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vornehmlich auf die Rekrutierung von geeigneten ausländischen, insbesondere türkischen, Vertrauensleuten, die, gewerkschaftlich geschult, Organisation und Betreuung ihrer Landsleute verbessern sollten⁶⁷. Zwar begann man innerhalb der IGBE zur Mitte der 1960er Jahre auch zu erkennen, dass es darüber hinaus

⁶³ Einheit 17 (64), Ausgabe 22, S. 4. Shamrock war eine Zeche in Herne.

⁶⁴ Vgl. z. B. Vertrauensleute für Ausländer. In Hamborn will man sie aus der Isolation herausführen, in: Einheit 14 (1961), Ausgabe 8, S. 3; Hilfe für türkische Bergleute. Erfolgreiche Mitgliederwerbung der Ortsgruppe Lohberg, in: Ebenda 15 (1962), Ausgabe 6, S. 8.

⁶⁵ IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Vgl. Griechische und türkische Vertrauensleute wollen in der Gewerkschaft mitarbeiten, in: Einheit 17 (1964), Ausgabe 21, S. 3.

gehender Anstrengungen bedurfte, wenn man die „Gastarbeiter“ für sich gewinnen wollte. Aber dieser Umstand erfuhr eine negative Beurteilung. So hielt ein im Hauptvorstand diskutiertes „Strategiepapier“ mit deutlich kritischem und abschätzigem Unterton fest, dass die bereits organisierten Ausländer „die Arbeits- und Tarifbedingungen im Bergbau nicht etwa als besondere gewerkschaftliche Leistung, sondern als etwas Selbstverständliches [...] [betrachten] [...] und als Gegenleistung für ihren Gewerkschaftsbeitrag eine sichtbare Betreuung und erkennbare Sonderleistung für sich“ erwarten⁶⁸. Diese Erkenntnis schlug sich deshalb kaum in praktischer Politik nieder. Als Gruppe, die tatsächlich in besonderer Weise gewerkschaftlicher Interessenvertretung bedurfte, wurden die ausländischen Bergarbeiter bis zum Ende der 1960er Jahre jedenfalls nicht wahrgenommen.

Anwerbestopp, Familiennachzug, intensivierte Ausländerpolitik: Die 1970er Jahre

Zu Anfang der 1970er Jahre vollzog sich eine deutliche Wende in der Ausländerpolitik der IGBE. Nach 15 Jahren „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Bergbau erschien im Herbst 1970 in der „Einheit“ erstmals eine ganze Themenseite über die ausländischen Beschäftigten. In dem Hauptartikel führte der spätere DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes aus: „Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer bringt sowohl den Unternehmern als auch den Belegschaften Vorteile. Denn bei ausreichenden Arbeitskräften kann auch ausreichend gefördert und damit eine bessere Ertragslage erzielt werden. Eine gute Ertragslage aber ist die beste Sicherheit für den Arbeitsplatz und eine wesentliche Voraussetzung für sozialen Fortschritt. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir die Beschäftigung der ausländischen Arbeitnehmer sehen. Wir brauchen sie. Doch bei allem Bedarf dürfen wir unsere Verantwortung und Pflichten gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik nicht vergessen. Die Beschäftigung von über 1,8 Millionen Ausländern bringt soziale Probleme. Es genügt nicht, sie in das deutsche Arbeits- und Sozialversicherungsgesetz einzureihen. Hier sind spezielle Leistungen erforderlich.“⁶⁹

Ausländerbeschäftigung als Garant für Zukunftssicherheit und sozialen Fortschritt, die Notwendigkeit besonderer gewerkschaftlicher Leistungen für ausländische Beschäftigte: Nachdem nur sechs Jahre zuvor der inzwischen zum Bundesarbeitsminister avancierte Arendt in der Ausländerbeschäftigung eine Gefährdung für die Zukunftsfähigkeit des Bergbaus gesehen und gewerkschaftliche „Ausländerpolitik“ sich bis dahin mehr oder weniger auf die Sicherung vermeintlich bedrohter Tarifstandards beschränkt hatte, hätte der Wandel in der Behandlung der „Gastarbeiterfrage“ durch den Hauptvorstand der IGBE wohl kaum grundle-

⁶⁸ IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15.6.1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236.

⁶⁹ Heinz-Werner Meyer, Pflichten erfüllen und mehr Verständnis aufbringen, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 18, S. 8.

gender ausfallen können. Dieser Einstellungswandel lässt sich zum Teil als Gegenreaktion auf eine erste Zunahme rechtsextremer und ausländerfeindlicher Positionen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verstehen, die sich in Wahlerfolgen der NPD ausdrückte und in deren Folge sich auch der DGB intensiver für die Belange ausländischer Arbeitnehmer einsetzte⁷⁰. Gewerkschaftliches Interesse an den „Gastarbeitern“ wurde darüber hinaus durch die Revision des Betriebsverfassungsgesetzes geweckt, die Ende 1971 auch Nicht-EWG-Ausländern die Möglichkeit eröffnete, für den Betriebsrat zu kandidieren. Bis dahin hatten ausländische Beschäftigte ein aktives Wahlrecht, das passive Wahlrecht zum Betriebsrat war jedoch zunächst an den Besitz des Wahlrechtes zum Deutschen Bundestag gebunden gewesen. 1964 erwirkte zwar die Verordnung des Rates der EWG über „Freizügigkeit in der Gemeinschaft“ das passive Wahlrecht zum Betriebsrat auch für EWG-Ausländer, die seit mindestens drei Jahren im Hoheitsgebiet des betreffenden Staates lebten und ebenso lange in dem betreffenden Betrieb beschäftigt waren⁷¹. Im Bergbau aber, dessen „Gastarbeiter“ ganz überwiegend aus der Türkei kamen, hatte dies kaum praktische Bedeutung erlangt. Mit der Änderung von 1971 verband sich für die IGBE nun allerdings die keineswegs haltlose Befürchtung, dass die türkischen Bergleute mit eigenen Listen zu den Betriebsratswahlen antreten und damit in Opposition zu den IGBE-Listen treten könnten. Um dies zu verhindern, war ein sichtbares und stärkeres eigenes Engagement für die Belange der ausländischen Bergbaubeschäftigten vonnöten.

Darüber hinaus hatte 1969 die Gründung der Ruhrkohle AG den freien Fall der Steinkohle ins Bodenlose vorerst gebremst und die Perspektive für einen geordneten Anpassungsprozess eröffnet. In den Personalplanungen des neuen Bergbaukonzerns spielten die türkischen Beschäftigten jedoch eine substantielle Rolle. Im Frühjahr 1970 forderte die Ruhrkohle AG bei der Vermittlungsstelle in Istanbul gleich 3.000 Arbeitskräfte an und erteilte damit den bis dahin größten Einzelvermittlungsauftrag überhaupt seit Abschluss des Anwerbeabkommens⁷². In den vier Jahren von der Gründung der Ruhrkohle AG bis zum Anwerbestopp 1973 verdoppelte sich der Ausländeranteil im Unternehmen annähernd von 7,6 auf 14,3 Prozent bzw. erhöhte sich die Zahl der ausländischen Belegschaftsmitglieder von knapp 14.000 auf gut 21.000 trotz eines Abbaus von mehr als 35.000

⁷⁰ Vgl. dazu auch Ulrich Herbert/Karin Hunn, Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5: 1966–1974, Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, hrsg. v. Hans Günter Hockerts, Baden-Baden 2006, S. 781–810; Gerd Muhr, Keine Stimme für die NPD, Düsseldorf 1969; Armin Pfahl-Traughber, Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 71–100, hier S. 76–78.

⁷¹ Wann sind Ausländer zum Betriebsrat wählbar? Mindestens ein Jahr im Betrieb sein, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 333–336; Gastarbeiter im Betriebsrat? Ministerrat ändert Wahlrecht, in: Einheit 17 (1964), Ausgabe 7, S. 3. Unter bestimmten Bedingungen konnten auch Nicht-EWG-Ausländer bei Betriebsratswahlen kandidieren, aber auch diese Regelung hatte keine praktische Bedeutung.

⁷² Vgl. Hunn, Jahr, S. 222.

Arbeitsplätzen⁷³. Die Fluktuation der ausländischen Beschäftigten war zwar weiterhin hoch, aber es begann sich dennoch abzuzeichnen, dass immer mehr türkische Beschäftigte gewissermaßen „schleichend“ den Schritt vom Wander- zum Stamarbeiter vollzogen. So waren 1970 erst 16 Prozent der bei der Ruhrkohle AG beschäftigten Türken aus den Zechenwohnheimen ausgezogen, hatten sich eine Werkswohnung genommen und ihre Familie nachgeholt. Im Frühjahr 1973 traf dies aber bereits auf deutlich über 40 Prozent zu⁷⁴. Die durchschnittliche Verweildauer der türkischen Bergarbeiter in der Bundesrepublik bzw. ihre Beschäftigungsdauer nahmen also zu. Viele hatten einen gewissen individuellen betrieblichen Aufstieg erlebt, der zwar nicht bis in die Spitze der Arbeiterhierarchie reichte oder gar die Arbeiter-Angestellten-Grenze durchbrach, aber ein Subproletariat bildeten die türkischen Bergarbeiter nicht mehr. Nicht zuletzt stieg die Zahl der türkischen Auszubildenden, größtenteils Söhne der ersten Generation türkischer Bergarbeiter im Ruhrgebiet, merklich⁷⁵. Kurz: Das Profil der türkischen Beschäftigtengruppe näherte sich der traditionellen Kernklientel gewerkschaftlicher Interessenvertretung, dem ortsgebundenen Facharbeiter, zumindest an. Diese Entwicklungen beschleunigten sich nach der Verhängung des Anwerbestopps von 1973 durch den nachfolgenden Familiennachzug noch einmal deutlich. So waren Ende der 1970er Jahre bereits über 80 Prozent der ausländischen Ruhrkohle-Mitarbeiter schon länger als vier Jahre im Unternehmen beschäftigt⁷⁶. Nur noch 17 Prozent lebten in Wohnheimen, aber 56 Prozent in Werkswohnungen und 27 Prozent waren mit ihren Familien auf dem freien Wohnungsmarkt untergekommen⁷⁷.

Während die Unternehmerseite des Bergbaus bei weiterhin bestehender Arbeitskräfteknappheit durch die fortdauernde starke Abwanderung von Bergarbeitern in andere Beschäftigungszweige sich Ende 1973 noch um Sonderregelungen bemühte, die den Zechen trotz des Anwerbestopps weiterhin Anwerbungen in der Türkei gestatten sollten, begrüßten sowohl der DGB als auch die IGBE diese Maßnahme der Bundesregierung. Dachverband wie Einzelgewerkschaft begründeten dies mit der Einschätzung, dass angesichts des zunehmend angespannten ausländerpolitischen Klimas der Zuzug zahlreicher weiterer Gastarbeiter die Integration der in der Bundesrepublik bereits lebenden ausländischen Arbeitnehmer

⁷³ Übersicht Ausländeranteile bei der Ruhrkohle AG (1990), in: AfsB, IGBE-Archiv 10775.

⁷⁴ Vgl. Jeder 11. kommt aus dem Ausland. 16.000 Türken im Bergbau, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 17, S. 8; Bericht des Arbeitsattachés über türkische Arbeiter vom 15.3.1974, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066.

⁷⁵ 1970 befanden sich immerhin bereits 381 türkische Jugendliche in einer Ausbildung bei der RAG. Vgl. Jeder 11. kommt aus dem Ausland, S. 8.

⁷⁶ Vorlage für die Sitzung des Hauptvorstandes am 7. 12. 1979, in: AfsB, IGBE-Archiv 958; Anfang der 1980er Jahre waren 56 % der Ausländer in der RAG-Belegschaft schon zehn Jahre oder mehr im Unternehmen bzw. in einer der eingegliederten Bergbaugesellschaften beschäftigt. RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

⁷⁷ Aufstellung Wohnungsversorgung der ausländischen Mitarbeiter o. J. (1979), in: AfsB, IGBE-Archiv 958.

und ihrer Familien gefährden würde⁷⁸. Auch in den Folgejahren trat die IGBE für die Aufrechterhaltung des Anwerbestopps ein⁷⁹.

Das erwachende gewerkschaftliche Interesse an den ausländischen Beschäftigten drückte sich unter anderem darin aus, dass die IGBE im Sommer 1970 für einige Monate einen Bildungssekretär der türkischen Gewerkschaft, Mete Atsu, engagierte, um ihn die Arbeits- und Lebensverhältnisse seiner Landsleute erkunden zu lassen⁸⁰. Atsus Erfahrungsbericht prangerte zahlreiche Missstände an und rief offensichtlich in der Gewerkschaftsspitze einige Erschütterung hervor⁸¹. So hatte Atsu die Hälfte der von ihm besuchten Wohnheime in einem erbärmlichen Zustand vorgefunden: Die Zimmer waren überbelegt, Sanitär- und Kocheinrichtungen fehlten, und die Heimordnungen ließen vielfach auf kasernenähnliche Zustände schließen. Zudem konstatierte er vielerorts eine aus tief verwurzelten Vorurteilen der einheimischen Kollegen resultierende Isolation der türkischen Beschäftigten⁸². Die daraus erwachsende Erkenntnis, dass die ausländischen Arbeitnehmer besonderer gewerkschaftlicher Unterstützung bedurften, schlug sich auch in sozial- und tarifpolitischen Initiativen der IGBE nieder, die faktisch erstmals hauptsächlich oder ausschließlich den „Gastarbeitern“ zugute kamen: beispielsweise verbesserte Regelungen für Familienheimfahrten (300 DM Heimfahrtgeld und elf Tage unbezahlter Heimfahrturlaub) oder die Zahlung von Trennungsgeld und Energiebeiträgen auch für Wohnheimbewohner⁸³. Zudem kam es, trotz deren abnehmender Bedeutung für die Unterbringung der „Gastarbeiter“, zu ernsthaften Bemühungen um die Verbesserung der Situation in den Wohnheimen, die Gebäudesanierungen oder Neubauten umfassten, vor allem aber bei der Auswahl und „Schulung“ der Heimleiter einsetzten⁸⁴. So hieß es in einem Entwurf zu den „Richtlinien für die Heimleiter in Bergmannswohnheimen“ von 1975 zugleich die bisherigen Realitäten kritisierend: „Bergmannswohnheime sind keine Unterkünfte in Form von Lagern für eine kurzfristige Unterbringung, wobei der Bewohner sich selbst überlassen ist, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Eingliederung in ein selbständiges Nebeneinander zu der deutschen Bevölkerung.“⁸⁵

⁷⁸ Manuskript Walter Beer, in: AfsB, IGBE-Archiv 10770.

⁷⁹ Vgl. z. B. Für Radikale kein Platz. 100 ausländische Kollegen bei der IGBE-Konferenz, in: Einheit 33 (1980), Ausgabe 6, S. 4.

⁸⁰ Vgl. Türke hilft Türken, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 12, S. 4.

⁸¹ Vgl. Vorurteile sind tief verwurzelt. Ausländer werden oft ausgebeutet, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 18, S. 8.

⁸² Vgl. auch IGBE-Bezirk Aachen, Bericht über die vorgefundenen Verhältnisse in den Betrieben und Heimen anlässlich einer Befahrung mit dem Kollegen Mete Atsu, 19. 8. 1970, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066; Bericht über den Einsatz unseres türkischen Kollegen Mete Atsu in der Zeit vom 11. bis 14. August 1970 im Bezirk Ruhr-Ost, in: Ebenda.

⁸³ Klaus Südhofer, Ausländische Arbeitnehmer im deutschen Steinkohlenbergbau, in: AfsB, IGBE-Archiv 10774.

⁸⁴ Vgl. Beispielhaft betreut. Hans Alker besichtigt Ausländerwohnheim, in: Einheit 26 (1973), Ausgabe 11, S. 4.

⁸⁵ AfsB, IGBE-Archiv 1067a.

Die Intensivierung der Ausländerbetreuung wurde vor allem durch die Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung (REVAG) geleistet, die in einer Vorläuferform 1948 unter Beteiligung der Bergbauarbeiter und der Bergbaugewerkschaft gegründet worden war, um sich der in den Bergbau strömenden Flüchtlinge und Vertriebenen anzunehmen. Seit Anfang der 1970er Jahre wurde die REVAG, zumal ihre ursprüngliche Aufgabe längst hinfällig geworden war, gezielt als Instrument zur Betreuung der „Gastarbeiter“, insbesondere der türkischen Bergbaubeschäftigten, umstrukturiert. Damit verbunden war ein Austausch ihrer – zumeist inzwischen älteren – Dozenten gegen Personal, das für den Ausbau der Ausländerbetreuung geeignet erschien⁸⁶. Das Betreuungsprogramm der REVAG fächerte sich, ausgehend von Sprachkursen, die der Kern der Aktivitäten blieben, auf Folklore-, Fest- und Sportveranstaltungen mit Begegnungscharakter, Film- und Vortragsabende oder Beratungen in Rechts-, Versicherungs- und Gesundheitsfragen auf⁸⁷. Bereits in den 1970er Jahren nahm auch die zweite Ausländergeneration, und in diesem Zusammenhang vor allem Schulfragen, einen hohen Stellenwert in der Tätigkeit der REVAG ein. Über die Kinder der „Gastarbeiter“ hoffte man zudem, an die Mütter heranzukommen, deren Isolation ansonsten schwer aufzubrechen schien. Insgesamt hafteten der Ausrichtung des REVAG-Programms aber noch deutlich paternalistische Züge an, „Betreuung“ wurde in einem sehr traditionellen Sinne verstanden. Begleitet wurde die Intensivierung der Betreuungs- und Kulturarbeit anfänglich von einer ausgesprochen optimistischen Publizistik, die Interesse und Offenheit sowohl der türkischen wie der deutschen Seite betonte. Gegen Ende der 1970er Jahre mischte sich darunter jedoch zumindest intern auch eine erkleckliche Portion Pessimismus. Auf einer Sitzung der REVAG im Mai 1977 wurde beispielsweise die konsequente Nicht-Bereitschaft vieler türkischer Bergleute zur Erlernung des Deutschen beklagt und gefordert, dieses Desinteresse durch die Nicht-Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu sanktionieren. Eine Ursache für dieses Desinteresse sahen die REVAG-Dozenten bereits in der Ausbreitung von Koranschulen, deren Hodschas die Bildungs- und Kulturarbeit untergraben würden⁸⁸.

Der Hauptansatzpunkt für die Ausländerarbeit der IGBE blieb aber die Rekrutierung und Schulung ausländischer Funktionäre, neben Vertrauensleuten nach der Revision des Betriebsverfassungsgesetzes nun auch von Betriebsräten. 1972, bei den ersten Wahlen nach der Neuregelung, wurden 48 Ausländer, darunter 33 Türken, über die IGBE-Listen in Bergbaubetriebsräte gewählt, wobei es der IGBE schwer gefallen war, genügend geeignete Kandidaten, die über ausreichende Deutschkenntnisse sowie ein Grundlagenwissen über das Rechts- und Sozialsystem verfügten, zu finden⁸⁹. Zudem kam es in den 1970er Jahren in den Mitglieder-

⁸⁶ Aktennotiz bei Hauptabteilung Betriebswesen der IGBE vom 12. 10. 1973, in: AfsB, IGBE-Archiv 1172.

⁸⁷ Vgl. Hilfe für viele Kollegen, in: Einheit 29 (1976), Ausgabe 18, S. 5.

⁸⁸ Niederschrift über eine Sitzung der REVAG am 5. 5. 1977, in: AfsB, IGBE-Archiv 1171b.

⁸⁹ Aktennotiz Hauptabteilung Betriebswesen der IGBE vom 16. 7. 1974, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066b.

versammlungen auf Betriebsebene, in denen die auf Funktionärebene erstellten Kandidatenlisten bestätigt werden mussten, des Öfteren zu Auseinandersetzungen über die Aufstellung türkischer Kollegen, in denen die Gewerkschaft die politisch erwünschte Kandidatur von Ausländern erst durchsetzen musste⁹⁰. Bis zu den Wahlen von 1978 erhöhte sich die Zahl der ausländischen Betriebsräte aber auf immerhin 112, darunter 86 Türken⁹¹. Für die IGBE stellte dies einen schlagenden Beweis für die gelungene betriebliche Integration der Ausländer dar, die auch von Einheimischen auf die IGBE-Listen gewählt worden seien⁹². Allerdings blieb die Zahl ausländischer Betriebsräte weit davon entfernt, den Ausländeranteil in den bergmännischen Belegschaften proportional widerzuspiegeln. Zu Anfang der 1980er Jahre stellten Ausländer etwa vier Prozent der Betriebsräte im Bergbau, der Ausländeranteil in der RAG-Belegschaft war bei etwa 17 Prozent angelangt⁹³. Die türkischen Betriebsräte wurden in Lehrgängen der Gewerkschaftsschule in Haltern intensiv auf ihre Aufgaben vorbereitet⁹⁴. Zur Information über Tarifbewegungen und Vorbereitung von Betriebsratswahlen richtete der IGBE-Hauptvorstand seit Anfang der 1970er Jahre regelmäßig die bald so genannte Recklinghauser Konferenz für türkische Betriebsräte und Vertrauensleute aus. Mit Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich die Recklinghauser Konferenz von einer reinen Veranstaltung zur Funktionärsschulung zu einem öffentlichkeitswirksamen Forum für die Ausländerpolitik der IGBE, die darüber hinaus türkischen Gewerkschaftsfunktionären die Gelegenheit zur Profilierung nach innen und außen eröffnete. 1982 übernahm mit dem damaligen nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor erstmals ein Spitzenpolitiker das Leitreferat, und 1989 unterstrich der Auftritt von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit zum ersten Mal seinen – schließlich gescheiterten – Gesetzentwurf zur Neuregelung des Ausländerrechtes vorstellte, die gestiegene Bedeutung der Konferenz⁹⁵.

Die türkischen Betriebsräte sollten nach den Vorstellungen der IGBE zwar nicht ausschließlich als Sachwalter der Interessen ihrer Landsleute wirken, aber letztlich bildete deren Vertretung faktisch dennoch den Kernbereich ihrer Tätigkeit. Nicht zuletzt infolgedessen wuchs der gewerkschaftliche Organisationsgrad der ausländischen Bergbaubeschäftigten im Laufe der 1970er Jahre auf geradezu

⁹⁰ Z. B. Vermerk der Hauptabteilung Betriebswesen vom 7.2.1975, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066a; Protestschreiben gegen den Beschluss der Gewerkschaftsversammlung an Minister Stein vom 12.1.1975, in: Ebenda.

⁹¹ Vgl. Mikail Zopi, Mitarbeiter der ausländischen Kollegen im Betriebsrat, in: Tip, September 1984, S.41–43, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

⁹² Vgl. Konferenz mit ausländischen Arbeitnehmern in Recklinghausen. Kein Platz für radikale Minderheit. IGBE-Vorstandsmitglied Walter Beer: Integration bleibt Hauptaufgabe, in: Einheit 32 (1979), Ausgabe 5, S.4.

⁹³ Vgl. Mitarbeit ist gefragt. Walter Beer appelliert an ausländische Kollegen, in: Einheit 35 (1982), Ausgabe 1, S.4.

⁹⁴ Vgl. Premiere in Haltern. Seminar in Türkisch. Lehrgang für ausländische Betriebsräte, in: Einheit 25 (1972), Ausgabe 13, S.8.

⁹⁵ AfsB, IGBE-Archiv 10770; vgl. Ausländerrecht stand im Mittelpunkt. Schäuble: Keine Verschlechterung, in: Einheit 42 (1989), Ausgabe 24, S.6.

sagenhafte 97,8 Prozent und lag damit sogar höher als der Organisationsgrad der einheimischen Bergleute⁹⁶. Der steigenden Bedeutung der Gastarbeiter innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation entsprach die Bildung von „Arbeitskreisen für ausländische Arbeitnehmer“ auf Bezirksebene seit 1974, die allerdings keine autonomen Organe der ausländischen Beschäftigten innerhalb der IGBE darstellten. Seit 1979 existierte außerdem ein Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer beim Hauptvorstand, der die Ausländerarbeit auf Bundesebene koordinieren und Stellungnahmen zu aktuellen ausländerpolitischen Fragen erarbeiten sollte⁹⁷. 1980 stellte die IGBE mit dem 25jährigen Mikail Zopi den ersten türkischstämmigen Sekretär in der Abteilung Betriebsräte der Bochumer Hauptverwaltung ein⁹⁸.

Im Zeichen der Rückkehrhilfe: Die 1980er Jahre

Ausländerpolitik hatte in den 1970er Jahren stetig an Bedeutung gewonnen, ins Zentrum der politischen Debatten rückte sie jedoch erst zu Anfang der 1980er Jahre. Steigende Arbeitslosenzahlen, die trotz des Anwerbestopps wachsende ausländische Wohnbevölkerung sowie die Zunahme fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Einstellungen und Aktionen schufen ein politisches Klima, in dem die Begrenzung bzw. der Abbau des ausländischen Bevölkerungsanteils Priorität vor Fragen der Integration gewann. Die erste Regierung Kohl versprach bei ihrem Amtsantritt im September 1982, die Ausländerzahl zu halbieren, und machte Ausländerpolitik zum ersten Mal überhaupt zum Gegenstand einer Regierungserklärung, die, neben der Integration, die Verhinderung einer unbegrenzten und unkontrollierten Einwanderung, die Begrenzung des Familiennachzugs sowie die Förderung der Rückkehrbereitschaft als zentrale ausländerpolitische Ziele nannte⁹⁹. Im Oktober 1983 wurde ein – in Teilen schon von der Vorgängerregierung Schmidt vorbereitetes – Gesetz zur Rückkehrhilfe verabschiedet, das für einen befristeten Zeitraum von einem Jahr in Folge von Betriebsstilllegungen arbeitslosen oder kurzarbeitenden Arbeitnehmern aus Nicht-EWG-Staaten eine Rückkehrhilfe von 10.500 DM, plus Zuschüsse für ausreisende Ehepartner und unterhaltspflichtige Kinder, offerierte¹⁰⁰.

⁹⁶ Vgl. Udo Butschkau, Notwendigkeit der Einbeziehung ausländischer Jugendlicher in die gewerkschaftliche Jugendarbeit, in: *Tip*, Dezember 1984, S. 10–24, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

⁹⁷ Dieter May, Ausländische Arbeitnehmer in der IGBE, in: AfsB, IGBE-Archiv 10775; Entwurf für eine Neuorganisation der Arbeitskreise „Ausländische Arbeitnehmer“, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059; vgl. Klaus Lentes, Ausländerpolitik in der IG Bergbau und Energie, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 33 (1982), S. 443–447.

⁹⁸ Vgl. „Türken wollen mehr Einfluss im Betriebsrat. Mandat im Wohnungsausschuss wichtig“, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* vom 8. 12. 1980; *Einheit* 33 (1980), Ausgabe 6, S. 4.

⁹⁹ Vgl. dazu Ulrich Herbert/Karin Hunn, Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 7: 1982–1989. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, hrsg. v. Manfred G. Schmidt, Baden-Baden 2005, S. 621–651.

¹⁰⁰ Vgl. Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 254.

Auch innerhalb der Ruhrkohle AG setzte Anfang der 1980er Jahre ein personalpolitischer Entscheidungsprozess ein, der auf die Begrenzung bzw. den Abbau der Ausländerbeschäftigung zielte. Die Grundzüge künftiger Personalpolitik erläuterte der Arbeitsdirektor im Unternehmensvorstand, Fritz Ziegler, im Herbst 1981 auf einer Tagung der REVAG. Er konstatierte als Ist-Zustand eine steigende relative Ausländerbeschäftigung bei der Ruhrkohle AG, einerseits wegen des geringen Anteils der ausländischen Beschäftigten bei den Altersabgängen (drei Prozent), andererseits wegen ihres relativ hohen Anteils sowohl bei den Neu- (20 Prozent) als auch bei den Ausbildungseinstellungen (25 Prozent). Hochgerechnet ergab dies eine Steigerung des Anteils der ausländischen Mitarbeiter im Unternehmen bis 1990 auf circa 20 Prozent. Die künftige Einstellungspolitik müsse sich dagegen, so Ziegler, an der gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung der Ruhrkohle AG orientieren. Konkret meinte er damit vor allem eine Bevorzugung deutscher vor ausländischen Arbeitslosen bei Einstellungen. Ausländer ohne Erfahrung im Untertagebergbau sollten, abgesehen von Ausnahmen, gar nicht mehr eingestellt werden und solche mit Erfahrung im Untertagebergbau nur noch, wenn damit keine Wohnungsnachfrage verbunden war oder der jeweilige konzern eigene Betrieb über Werkswohnungen mit „Integrationsqualität“ verfügte. Bei den Ausbildungseinstellungen sollte dagegen der Vorrang für Söhne von Ruhrkohle-Mitarbeitern auch für Ausländer in vollem Maße gelten, allerdings sollten wenigstens in Jahren hoher Ausbildungsnachfrage über diesen Kreis hinaus keine Einstellungen ausländischer Schulabgänger erfolgen¹⁰¹.

Diese personalpolitische Strategie war auch Ausdruck der Anfang der 1980er Jahre im Bergbau wachsenden Befürchtungen, Ausländerfeindlichkeit und ethnisch-religiöse Spannungen könnten auf die Zechenbetriebe überschwappen, falls man der spannungsreichen Entwicklung von steigendem Ausländeranteil und Belegschaftsabbau nicht begegne. Besonders polarisierend gab wiederum Ziegler solchen Befürchtungen Ausdruck. Er sah auch in dem inzwischen recht langen Deutschlandaufenthalt der meisten türkischen Mitarbeiter keinen „Schutz gegen die seit Jahren anwachsende religiöse und politische Fanatisierung in der islamischen Welt“. Daher sei zu befürchten: „Wenn jeder zweite Arbeitsplatz in der Gewinnung, dem sensibelsten Arbeitsbereich der Betriebe, von Ausländern belegt wird, genügt ein Funke, einen Flächenbrand auszulösen. Wir dürfen nicht darauf setzen, dass die Ausländer auf Dauer eine unterwürfige und duldsame Rolle in unseren Betrieben einnehmen.“¹⁰² Zunehmend wurde auch in der Gewerkschaftspresse auf einen Zusammenhang von religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus hingewiesen sowie vor den von den Moscheen ausgehenden Gefahren für die gewerkschaftliche Betriebspolitik gewarnt¹⁰³.

¹⁰¹ Vortrag Fritz Ziegler (1981), in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Vgl. z. B. Isolierung bringt uns nicht weiter. Die Politik gehört nicht in die Moscheen, in: Einheit 34 (1981), Ausgabe 1, S. 8; Horst Niggemeier, Atatürk ist Vorbild. Gedanken über Gespräche mit Türken, in: Ebenda.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Einführung von staatlichen Rückkehrhilfen versuchte die Ruhrkohle AG bereits 1982, durch Stichprobenerhebungen Rückkehrwunsch und -bereitschaft bei ihren türkischen Beschäftigten zu eruieren. Danach wollten nur acht Prozent nicht mehr in die Türkei zurückkehren, 44 Prozent waren unentschlossen, und 48 Prozent äußerten Rückkehrabsichten¹⁰⁴. Allerdings saßen letztere keineswegs auf gepackten Koffern, sondern orientierten ihren Rückkehrwunsch an der Erreichung der Altersgrenze oder an Schul- und Berufsabschlüssen ihrer Kinder. Das Rückkehrhilfegesetz erfuhr für den Bergbau zwei Verstärkungen. Zum ersten durfte im Bergbau die staatliche Rückkehrhilfe nach Absprache mit der Arbeitsverwaltung auch „Gastarbeitern“ angeboten werden, die nicht unmittelbar von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Stilllegungen betroffen waren. Zum zweiten beschloss der Ruhrkohle-Vorstand die Flankierung der staatlichen durch eine betriebliche Rückkehrhilfe in etwa gleicher Höhe. Im Ergebnis nahmen 2.849 ausländische Mitarbeiter der Ruhrkohle AG, darunter 2.706 Türken, die staatlichen und betrieblichen Zahlungen entgegen, um dauerhaft in die Heimat zurückzukehren. Der Anteil der ehemaligen Ruhrkohle-Beschäftigten an den bundesweit erfolgreichen türkischen Antragstellern für staatliche Rückkehrhilfe betrug damit 26,5 Prozent. Die von der Ruhrkohle AG zusätzlich an die Rückkehrer bezahlte Abfindungssumme belief sich auf 30,5 Millionen DM¹⁰⁵. Während das Rückkehrhilfegesetz sonst oft als Fehlschlag gewertet wurde, leistete es im Bergbau zweifellos einen merklichen Beitrag zum Belegschaftsabbau.

Die IGBE hatte gemeinsam mit dem DGB das Rückkehrhilfegesetz abgelehnt, weil sie darin kein geeignetes Instrument zur Lösung der so genannten Ausländerproblematik sah¹⁰⁶. Vollständig eindeutig war die Haltung der Bergbaugewerkschaft indes nicht. Selbst der beim Hauptvorstand für Ausländerfragen zuständige Funktionär wollte im Vorfeld den Gedanken, den Rückkehrwillen durch finanzielle Anreize zu fördern, nicht von der Hand weisen¹⁰⁷. Ein energischer gewerkschaftlicher Protest gegen die flankierenden Leistungen der Ruhrkohle AG blieb denn auch aus. Man stellte sich auf den Standpunkt, diese Unternehmensentscheidung nicht ungeschehen machen zu können, und drängte lediglich darauf, keinen Rückkehrdruck auszuüben und intensive individuelle Beratungen obligatorisch zu machen. Deutlichere Kritik war auf der Ebene der Betriebsräte und Vertrauensleute zu vernehmen, die monierten, dass die Rückkehrhilfe einerseits einheimische Kollegen nur darin bestärke, in Ausländern Arbeitsmarktkonkurrenten zu sehen, und andererseits die Tendenz bei den ausländischen Beschäftigten fördere, sich verängstigt oder resigniert in ihre nationalkulturellen

¹⁰⁴ Vortrag Heinz Esken auf der REVAG-Tagung am 14. 10. 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

¹⁰⁵ Heinz Esken, Bericht über in die Türkei zurückgekehrte Mitarbeiter der Ruhrkohle AG (1985), in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

¹⁰⁶ Vgl. Rückkehr von Ausländern nur freiwillig, in: Einheit 37 (1984), Ausgabe 5, S. 4.

¹⁰⁷ Referat Walter Beer, Recklinghäuser Konferenz 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 10773.

Ghettos zurückzuziehen¹⁰⁸. In der Rückschau bewertete die IGBE die Rückkehrhilfeaktion allerdings kritisch. Die Abwanderung zahlreicher türkischer Leistungsträger aus der Kohlegewinnung habe für einen Aderlass gesorgt, den sich der Bergbau nicht noch einmal leisten könne¹⁰⁹.

Dennoch änderte sich an der Position des IGBE-Hauptvorstandes nichts, als die Ruhrkohle AG 1986 Nicht-EWG-Ausländern im Alter zwischen 45 und 50 Jahren ein neuerliches betriebliches Rückkehrhilfeangebot unterbreitete, das eine einmalige Abfindung von etwa 20.000 DM sowie die Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 20. bis 30.000 DM vorsah. Die Ruhrkohle AG rechtfertigte dieses neuerliche Angebot u. a. damit, dass die türkischen Rückkehrer aus der ersten Aktion sich mit ihrer Lebenssituation in der Türkei weitgehend zufrieden zeigten. Dies schloss man jedenfalls aus der persönlichen Befragung von 150 ehemaligen Ruhrkohle-Mitarbeitern in der Türkei, auch wenn die Medienberichterstattung in der Bundesrepublik die Situation der türkischen Rückkehrer zumeist sehr viel problematischer einschätzte¹¹⁰. Der IGBE-Hauptvorstand beschränkte sich auf die Einforderung von Freiwilligkeit und Beratung als Rahmenbedingungen. Deutlich schärfer als noch 1984 fiel dagegen der Protest aus den Reihen der ausländischen Betriebs- und Vertrauensräte aus, die durch Rückkehrhilfen ihre mühsame Integrationsarbeit torpediert sahen. Auf der Recklinghauser Tagung der IGBE war von „Vertrauensbruch“ und „Abschiebung“ die Rede. Nicht zu Unrecht warnte man, dass Rückkehrangebote in der Ausländerdebatte, die sich Mitte der 1980er Jahre durch die Vermischung mit der Asylfrage erheblich aufheizte, die Verunsicherung vieler Türken und das Gefühl des Nicht-Gewolltseins vergrößern würden. Praktisch stieß das Ruhrkohle-Angebot bei der türkischen Zielgruppe auf so gut wie kein Interesse, nach Angaben der IGBE gingen beim Unternehmen lediglich zehn entsprechende Anfragen ein, von denen nur fünf wirklich ernst gemeint gewesen seien¹¹¹.

Dennoch, oder gerade deswegen, wurde bereits 1987 bei der RAG über eine erneute Rückkehraktion nachgedacht. Nach den internen Personalplanungen, die durch den auf der Kohlerunde vereinbarten Arbeitsplatzabbau vorgegeben waren, mussten bis 1995 insgesamt 23.500 Anpassungsentlassungen erfolgen. Nach einem nationalen Proporz hätten davon 4.200 auf Ausländer bzw. Türken entfallen müssen. Da es aber in der für sozialverträgliche Anpassungsentlassungen infrage kommenden Altersklasse der über 50-Jährigen bei weitem nicht genü-

¹⁰⁸ Vgl. Peter Kühne/Hermann Schäfer, Bericht über gemeinsame Seminare ausländischer und deutscher Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsmitglieder, in: *Tip*, Dezember 1984, S. 33–51, AfSB, IGBE-Archiv 11929.

¹⁰⁹ Vgl. „Rückkehrhilfe hat den Zechen eher geschadet“, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* vom 10. 12. 1984. Vgl. auch Irina Ludat, Eine Frage der größeren Angst. Bilanz der „Rückkehrförderung“ ausländischer Arbeitskräfte, in: *Die Zeit* vom 18. 10. 1985.

¹¹⁰ Heinz Esken, Bericht über in die Türkei zurückgekehrte Mitarbeiter der Ruhrkohle AG (1985), in: AfSB, IGBE-Archiv 3659.

¹¹¹ Vgl. „Reaktion auf Rückkehr-Programm der Ruhrkohle AG ist gleich Null“, in: *Recklinghäuser Zeitung* vom 8. 12. 1986; Christoph Meer-Leyh, Gleichberechtigung ist das erklärte Ziel. IGBE leistet Ausländerarbeit auf vielen Ebenen, in: *Einheit* 39 (1986), Ausgabe 23, S. 8.

gend türkische Bergleute gab, war dieser Proporz nicht zu erreichen. Zwar war der Anteil der Ausländer an den „Anpassungsentlassungen“ bei der Ruhrkohle AG von 1,1 Prozent in 1981 auf neun Prozent in 1987 gestiegen, doch lag dies weiterhin deutlich unterhalb des Ausländeranteils an den Belegschaften. Zum Ausgleich bedurfte es aus Sicht des Unternehmens eines erneuten Rückkehrprogramms. Eine von der Ruhrkohle AG in Auftrag gegebene sozialwissenschaftliche Untersuchung sollte im Vorfeld klären, unter welchen Bedingungen türkische Belegschaftsangehörige bereit waren, Rückkehrangebote anzunehmen. Sie stellte fest, dass die Mehrzahl der türkischen Arbeitnehmer eine Rückkehr in die Heimat plane, aber nicht zur Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit, sondern zum Eintritt in einen vorzeitigen Ruhestand, der bei den meisten erst einige Jahre später möglich war¹¹². Grundsätzliche Kritik kam wiederum in erster Linie aus dem Kreis der türkischen Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre, die in Rückkehrprogrammen angesichts des aufgewühlten ausländerpolitischen Klimas ein falsches Signal sahen und ihre Landsleute vor voreiligen Schritten warnten¹¹³. Der Hauptvorstand der IGBE zog sich weiterhin auf die Autonomie der Ruhrkohle AG bei der Auflegung von Rückkehrprogrammen zurück und forderte nun neben Freiwilligkeit und Beratung auch eine Betreuung der Zurückgekehrten in der Heimat als Voraussetzung ein¹¹⁴. Das Rückkehrprogramm, das schließlich für den Zeitraum vom 1. 1. 1989 bis 31. 12. 1994 galt, bot vier unterschiedliche Modelle an, die für einen deutlich breiteren Adressatenkreis als die Programme zuvor konzipiert waren¹¹⁵. Infrage kamen prinzipiell etwa 12.000 ausländische Mitarbeiter, von denen bis Mitte 1989 immerhin 7.800 eine Beratung erhalten hatten. Von diesen hatten allerdings nur 235 ein so nachhaltiges Interesse, dass sie weitere Informationen wünschten¹¹⁶. 1989 richtete die Knappschaft tatsächlich als erster Sozialversicherungsträger eine ständige Auslandsvertretung in der Türkei ein, um zurückgekehrte ehemalige Ruhrkohle-Mitarbeiter zu beraten¹¹⁷.

Die Integrationsdebatte innerhalb der IGBE erhielt einen wesentlichen An Schub durch das Memorandum zum Stand und zur Weiterentwicklung der Integration, das der erste Bundesbeauftragte für ausländische Arbeitnehmer, der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn, der Bundesregierung 1979 vorlegte und in dem er unter anderem die Entkoppelung von Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik, den ungehinderten Zugang von jugend-

¹¹² Redemanuskript Fritz Ziegler auf der Recklinghäuser Tagung 1988, in: AfsB, IGBE-Archiv 10772.

¹¹³ Vgl. „Rückkehr-Modelle für Ausländer umstritten: ‚Gefühle abgekauft‘“, in: Recklinghäuser Zeitung vom 5. 12. 1988; Redebeitrag von Mikail Zopi auf der Recklinghäuser Tagung 1988, in: AfsB, IGBE-Archiv 10772.

¹¹⁴ Redemanuskript Fritz Kollorz auf der Recklinghäuser Tagung 1987, in: Ebenda.

¹¹⁵ Je nach Modell war eine 15 bis 20jährige Tätigkeit im Bergbau sowie ein Mindestalter von 43 bis 45 Jahren Voraussetzung für einen Antrag.

¹¹⁶ Niederschrift zur Sitzung des Arbeitskreises „Ausländische Arbeitnehmer“ beim Hauptvorstand der IGBE am 14. 6. 1989, in: AfsB, IGBE-Archiv 14060.

¹¹⁷ Vgl. „Knappschaft zieht in die Türkei. Vertretung soll ehemalige Ruhrkohle-Bergleute betreuen“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. 12. 1988.

lichen Ausländern zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Reformen des Ausländerrechts sowie ein kommunales Wahlrecht für Ausländer forderte¹¹⁸. Die bergbaugewerkschaftliche Integrationsdebatte orientierte sich dabei seit Anfang der 1980er Jahre zunehmend am Modell der multikulturellen Gesellschaft. So formulierte beispielsweise der für Ausländerfragen zuständige Sekretär beim Hauptvorstand IGBE: „Eingliederung ist für uns ein wechselseitiger Vorgang und keineswegs Assimilation oder Aufgabe der ethnischen, kulturellen und religiösen Identität. Das Recht auf Beibehaltung und Sicherung des eigenen Kulturkreises für ausländische Familien ist ein wesentlicher Teil der Integrationspolitik.“¹¹⁹

Zugleich erfuhr die in den 1970er Jahren geläufige Wahrnehmung, dass die betriebliche Integration der türkischen Bergarbeiter weitgehend problemlos und annähernd abgeschlossen sei¹²⁰, merkliche Risse. Es mehrten sich die Befürchtungen, dass einerseits die wachsende Ausländerfeindlichkeit Eingang in die Zechenbetriebe finden könne und dass andererseits, im Anschluss an die fundamentalistische Revolution im Iran, eine Islamisierung der türkischen Bergarbeiter für zunehmende betriebliche Spannungen sorgen würde. Man sei vor dem Hintergrund der neofaschistisch geschürten Ausländerfeindlichkeit auch in den Bergbaubetrieben empfindlicher geworden, stellte der „Ausländerbeauftragte“ der IGBE fest. Was bis vor kurzem als Neckerei unter Kollegen behandelt worden sei, führe nun zu Beschwerden beim Vorgesetzten oder Betriebsrat¹²¹. Zunehmenden Klagen über die Türken seitens der einheimischen Bergleute versuchte die IGBE den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie durch eine Umfrage auf Zechen, die einen besonders hohen Ausländeranteil aufwiesen, den Nachweis führen wollte, dass Beschwerden über den Lohn oder das Krankheitsverhalten der „Gastarbeiter“ jeder Grundlage entbehrten¹²². Als häufigster Beschwerdepunkt kristallisierte sich auch nach dieser Umfrage das Duschen moslemischer Gläubiger in Unterhosen heraus, dessen Zunahme man mit der Rückbesinnung auf islamische Glaubenswerte im Zusammenhang mit der iranischen Revolution erklärte¹²³. Allerdings sah die Gewerkschaft in diesem Beschwerdepunkt dennoch kein Indiz für eine wachsende, prinzipielle kulturell-ethnisch-religiöse Distanz der einheimischen zu den türkischen Bergarbeitern. In der Interpretation der IGBE nahmen die einheimischen Bergarbeiter das Duschen in Unterhosen nicht als Ausdruck oder gar Demonstration einer bedrohlichen religiös-fundamentalistischen Gesinnung wahr, sondern sie störten sich lediglich am Alltagsproblem der

¹¹⁸ Vorlage für die Sitzung des Hauptvorstandes der IGBE am 7. 12. 1979, in: AfsB, IGBE-Archiv 958.

¹¹⁹ Vortragsmanuskript Walter Beer 1984, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659. Zur multikulturellen Gesellschaft vgl. z. B. auch das Referat von Hayati Danisan auf der Recklinghäuser Konferenz der IGBE von 1990, in: AfsB, IGBE-Archiv 10774.

¹²⁰ Vgl. Walter Beer, Ausländer am Arbeitsplatz, in: Die Neue Gesellschaft 6/1982, S. 542–544, AfsB, IGBE-Archiv 14059; Michael Bechtel, Nur unter Tage sind sie Kumpel, in: PZ Politische Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, Mai 1982, S. 22f.

¹²¹ Vgl. Beer, Ausländer am Arbeitsplatz, S. 542–544.

¹²² Vgl. Diskussion versachlichen!, in: Einheit 36 (1983), Ausgabe 1, S. 8.

¹²³ Bericht zur Recklinghäuser Konferenz am 4. 12. 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 10770.

von der Kauendecke¹²⁴ herabtropfenden nassen Unterhosen. In dieser Sichtweise war der Konfliktpunkt einer technischen Lösung zugänglich, nämlich durch Vorrichtungen, die das Heruntertropfen verhinderten¹²⁵. Dass wachsende Distanz und Probleme im Verhältnis von Einheimischen und Ausländern auf den Zechen Anfang der 1980er Jahre nicht auf die einfachen Belegschaften beschränkt blieben, sondern auch den gewerkschaftlichen bzw. betrieblichen Funktionärskörper erfassten, dokumentieren die Ergebnisse einer gewerkschaftsnahen Diplom-Arbeit. Danach glaubten zwei Drittel der befragten Betriebsratsvorsitzenden im Bergbau nicht, dass ausländische Betriebsräte die Verständigung zwischen Einheimischen und „Gastarbeitern“ verbesserten. Ebenso klagte immerhin ein Viertel der ausländischen Betriebsräte über eine problematische Zusammenarbeit mit ihren deutschen Kollegen¹²⁶. Darüber hinaus wirkten sich die Diskussionen über die Rückkehrförderung negativ auf die Motivation der türkischen Bergleute zur betrieblichen Integration aus, ablesbar etwa an der nachlassenden Bereitschaft, an Weiterbildungsmaßnahmen der REVAG teilzunehmen¹²⁷.

Dennoch blieb es auch in den 1980er Jahren bei der Wahrnehmung, dass die eigentlichen Probleme erst vor dem Werkstor, im Wohnbereich, begannen. Mit dem im Anschluss an den Anwerbestopp deutlich zunehmenden Familiennachzug beschleunigte sich der Auszug der türkischen Bergarbeiter aus den Wohnheimen in die Zechensiedlungen. 1985 lebten inzwischen 72 Prozent der türkischen Ruhrkohle-Beschäftigten in Wohnungen, über die das Unternehmen verfügte – dagegen nur 48 Prozent der einheimischen Beschäftigten –, die Übrigen weiterhin in Wohnheimen oder in nicht unternehmensgebundenen Wohnungen. Die Zahl der türkischen Bergbaubeschäftigten mit Eigenheimbesitz im Ruhrgebiet beschränkte sich dagegen nach der Kenntnis der IGBE zu diesem Zeitpunkt auf sieben¹²⁸. Die Wohnungsnachfrage der türkischen Bergarbeiterfamilien richtete sich vornehmlich auf einfachen und billigen Wohnraum, d. h. zumeist Wohnungen ohne Sammelheizung und Bad. Die ersten türkischen Mieter in einer Siedlung zogen andere nach, deutsche Mieter zogen aus, sei es wegen der ausländischen Nachbarn, sei es, weil sie modernere Wohnungen angeboten bekamen¹²⁹. So konstatierte die Ruhrkohle AG bereits zu Anfang der 1980er Jahre die Entstehung von Problemsiedlungen mit Ghettobildungstendenzen. Darunter verstand man Siedlungen, die einen Ausländeranteil von über zehn Prozent aufwiesen. was

¹²⁴ Arbeits- und Zivilkleidung werden im Bergbau traditionell in der sogenannten Waschkaue gewechselt, wo sie jeweils in Metallkörben an Ketten unter der Decke aufgehängt werden.

¹²⁵ Vgl. Das sind die Fakten, in: Einheit 36 (1983), Ausgabe 1, S. 8.

¹²⁶ Vgl. Wolfgang Gottschalk, Ausländische Betriebsräte bei der Ruhrkohle AG, in: Tip, November 1983, S. 55–60, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

¹²⁷ Jahresbericht der REVAG 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

¹²⁸ Redemanuskript Walter Beer auf der Recklinghäuser Tagung 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 10773.

¹²⁹ Wohnsituation der ausländischen Mitarbeiter bei der Ruhrkohle AG, 4.9.1985, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659; Institut für Ausländerfragen, Dokumentation erster Ergebnisse einer Befragung zur Ausländersituation im Bergbau, Februar 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 11929.

auf etwa 50 von 250 der Ruhrkohle AG zuzurechnenden Zechensiedlungen im Ruhrgebiet zutraf¹³⁰.

Eine von der IGBE und der Ruhrkohle AG bei Wissenschaftlern der Ruhr-Universität Bochum in Auftrag gegebene Studie sah die Ursache für die Ghettobildungen nicht in Abschließungstendenzen der türkischen Bergarbeiterfamilien, die vielmehr Interesse an Kontakten und Integration zeigen würden¹³¹. Verantwortlich für Integrationsbarrieren seien vielmehr die objektiven Rahmenbedingungen der Wohnsituation¹³². Begünstigt wurde die Ghettobildung allerdings zumindest dadurch, wie oft betont wurde, dass die türkischen Bergarbeiterfamilien nicht bereit waren, höhere Mieten für modernere Wohnungen zu zahlen, während für die einheimischen Bergarbeiterfamilien die Verbesserung des Wohnstandards auch unter Inkaufnahme höherer Mieten eine hohe Priorität genoss. Dennoch schien der IGBE wie der Ruhrkohle AG die Werkwohnungs politik in den 1980er Jahren der Schlüssel zur Integrationspolitik im Bergbau zu sein. Dafür sollten folgende Leitlinien umgesetzt werden: Erstens sollten freiwerdende Wohnungen im Randbereich von ausländischen Wohnzentren (bzw. „Ausländervierteln“) nicht mehr mit ausländischen Mietern belegt werden. Falls sich für solche Objekte keine einheimischen Belegschaftsmitglieder als Mieter finden ließen, waren sie kommunal mit Deutschen zu belegen. Zweitens sollten die Altbauabstände behutsam und unter akzeptablen Mieterhöhungen modernisiert werden. Drittens wollte man „eingliederungswilligen Ausländern“, so der Quellenbegriff, bessere Chancen eröffnen, Wohnungen in „deutschen“ Bergmannssiedlungen zu beziehen. Dazu mussten vor allem die türkischen Betriebsräte in die für die Wohnungsvergabe maßgeblichen Wohnungsausschüsse delegiert werden¹³³. Viertens sollte die soziale Betreuungsarbeit in den Bergmannssiedlungen deutlich intensiviert werden. So stellte die Ruhrkohle AG 1982 Diplom-Soziologen ein, die deutsch-türkische Modellbegegnungsstätten aufbauen sollten¹³⁴. Als erste eröffnete 1983 der „Treffpunkt Konradplatz“ in Lünen-Brambauer, der allerdings in der Nachbarschaft als „Türkenhaus“ nicht nur auf vereinzelt Ablehnung stieß¹³⁵. Gleichwohl galt er als wegweisendes Modellprojekt. Insbesondere auch die REVAG verlagerte ihre Angebote in den 1980er Jahren immer stärker aus den Wohnheimen und Betrieben in die Siedlungen mit hohem ausländischem Wohnanteil, beispielsweise mit Hilfe eines so genannten Info-Busses¹³⁶.

Als zweiter Schwerpunkt der bergbaulichen Integrationspolitik in den 1980er Jahren entwickelten sich Programme zur schulischen und beruflichen Integri-

¹³⁰ Vortrag Heinz Esken auf der REVAG-Tagung am 14. 10. 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv3659; Vortrag Fritz Ziegler (1981), in: Ebenda.

¹³¹ Vgl. Hermann Korte, Wohnsituation ausländischer Mitarbeiter der Ruhrkohle AG, Dortmund 1984.

¹³² RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

¹³³ Vgl. dazu auch „Türken wollen mehr Einfluss im Betriebsrat. Mandat im Wohnungsbauausschuss wichtig“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 8. 12. 1980.

¹³⁴ Vgl. Bechtel, Nur unter Tage sind sie Kumpel, S. 22f.

¹³⁵ Vgl. „Sanfter Druck auf den Halbmond“, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. 7. 1986.

¹³⁶ Jahresbericht der REVAG 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

on der zweiten Ausländergeneration, der in den langfristigen Personalplanungen der Ruhrkohle AG eine immer wichtigere Rolle als künftige „Leistungsträger“ des Unternehmens zugewiesen wurde. Der zunehmende Anteil von ausländischen Schulabgängern an der insgesamt deutlich sinkenden Zahl an Hauptschulabgängern hatte zur Folge, dass es nicht mehr ausreichte, die „Gastarbeiterkinder“ nur – oder doch wenigstens hauptsächlich – als „Jungbergmänner“ für die „einfacheren“ Arbeitsverrichtungen im Kohlenabbau auszubilden. Vielmehr musste man sie in stärkerem Maße in weiterführende bergbauliche Ausbildungsgänge integrieren¹³⁷. Dies galt umso mehr, als die Personalabteilung der Ruhrkohle AG bei der zweiten „Türkengeneration“ einen ausgeprägten Willen konstatierte, in Schlüssel- und Aufsichtspositionen aufzusteigen¹³⁸. Förderprogramme sollten die Chancen für ausländische Jugendliche erhöhen, qualifizierte bergbauliche Lehrberufe, z. B. zum Bergmechaniker, zu ergreifen. Wichtig in diesem Kontext war, neben berufsvorbereitenden Kursen des Unternehmens, insbesondere 1981 die Gründung des „Instituts für Ausländerfragen“ unter Beteiligung der IGBE, der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und des Jugendheimstättenwerkes, dessen Fokus auf berufspädagogische Fördermaßnahmen bzw. auf die Erarbeitung von Berufsausbildungsplänen auf wissenschaftlicher Basis gerichtet war¹³⁹. Tatsächlich galt der Bergbau hinsichtlich der Bemühungen um die berufliche Integration und Qualifizierung der zweiten und dritten Generation türkischer Immigranten bald als vorbildlich.

In der „Ausländerarbeit“ der REVAG gewannen darüber hinaus Angebote für Frauen und Mädchen an Gewicht, deren Ausrichtung stets auf den Konsens der Ehemänner und Väter angewiesen war. Deren Zustimmung fanden eher Aktivitäten, die sich mit „nützlichen Dingen“ beschäftigten – klassischerweise vor allem Hand- und Hausarbeitskurse, aber zumeist auch Alphabetisierungs- und Deutschkurse –, während die türkischen Mädchen und Frauen sich besonders an Gesprächsrunden, Ausflügen oder Einkaufsbummeln interessiert zeigten. Als besonderen Erfolg wertete die REVAG die Teilnahme von Türkinnen an Schwimmkursen, auch wenn dies die Schließung von Bädern für den sonstigen Betrieb erforderte, um es für die Ehemänner und Väter akzeptabel zu machen. Auf Resonanz stießen aber auch Mutter-Kind-Gruppen, Gesundheitsberatungen, Kurse zur Kindererziehung und sogar Veranstaltungen, die die Rolle der Frau in der Türkei zum Thema hatten¹⁴⁰. Insgesamt handelte es sich bereits zu Anfang der 1980er Jahre bei über der Hälfte der Teilnehmer an REVAG-Angeboten um türkische Frauen¹⁴¹.

¹³⁷ RAG, Türkische Mitarbeiter der zweiten Generation bei der Ruhrkohle AG. Situation und Perspektiven, 18.6.1984, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

¹³⁸ RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

¹³⁹ AfsB, IGBE-Archiv 3649A; vgl. Udo Butschkau, Drei Jahre Institut für Ausländerfragen e. V., in: Tip, Dezember 1984, S. 6–9, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

¹⁴⁰ Bericht über die REVAG-Fortbildungstagung vom 14.–18.5.1984, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659; vgl. Wolfgang Gottschalk, Erfolgreiche REVAG-Arbeit, in: Tip, Dezember 1984, S. 25–27, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

¹⁴¹ REVAG, Übersicht der im Gesamtbetreuungsbereich durchgeführten Maßnahmen 1982 und 1983.

Fazit

Der Versuch einer Einordnung der hier für den Ruhrbergbau erhobenen empirischen Befunde in den Gesamtkontext „Gewerkschaften und Gastarbeiterbeschäftigung“ lässt vor dem Hintergrund des noch wenig fortgeschrittenen Kenntnisstandes die folgenden (vorläufigen) Einschätzungen zu.

Bis zum Ende der 1960er Jahre weist die gewerkschaftliche „Gastarbeiterpolitik“ im Ruhrbergbau kaum Besonderheiten auf. Die Bergbaugewerkschaft stand der Anwerbung und Beschäftigung von „Gastarbeitern“ grundsätzlich skeptisch gegenüber, war aber bereit, diese Realität anzuerkennen. Vordringlich war für sie die sozial- und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Ausländer; darüber hinausgehend zeigte sie wenig Interesse an den besonderen sozialen Problemen der jungen Arbeitsmigranten. Die wenig systematischen Bemühungen zur Organisation der „Gastarbeiter“ im eigenen Verband motivierten sich vor allem aus der Sorge vor der Gründung von konkurrierenden Ausländergewerkschaften.

Zu Beginn der 1970er Jahre vollzog sich ein Wandel in der Haltung der IGBE zu den „Gastarbeitern“, die nun zunehmend als Gruppe identifiziert wurden, die besonderer gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung und Unterstützung bedurfte. Eine eigentliche gewerkschaftliche „Ausländerpolitik“ entwickelte sich erst seitdem. Dieser Wandel der gewerkschaftlichen Haltung zu den „Gastarbeitern“ blieb nicht auf den Bergbau beschränkt. Als Gegenreaktion auf die wachsenden rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft sowie die sich verlängernde Aufenthaltsdauer der „Gastarbeiter“ rezipierend, lässt sich ganz allgemein ein verstärktes gewerkschaftliches Engagement für die ausländischen Beschäftigten feststellen. Dieses wachsende gewerkschaftliche – wie auch allgemeine – Engagement, die Bemühungen um soziale und kulturelle Integration, waren im Ruhrbergbau aber zweifellos besonders stark ausgeprägt, weil hier, erstens, die Notwendigkeit einer intensivierten Ausländerpolitik besonders hoch war und weil, zweitens, die Voraussetzungen für eine solche besonders günstig waren.

Eine Notwendigkeit zu einer intensivierten Ausländerpolitik ergab sich schon aus den besonderen Auswirkungen, die die Einführung des passiven Wahlrechts zum Betriebsrat auch für Nicht-EWG-Ausländer durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes Ende 1971 auf den Ruhrbergbau hatte. Um zu verhindern, dass zu diesem Zeitpunkt circa 21.000 türkische Beschäftigte im Steinkohlenbergbau Landsleute auf eigenen Listen in die Betriebsräte wählen, musste sichtbares gewerkschaftspolitisches Engagement für die türkischen Beschäftigten gezeigt werden. Vor allem aber mussten möglichst viele türkische Bergleute auf den IGBE-Listen platziert werden. Mit den türkischen Betriebsräten, denen Sekretäre und andere Gewerkschaftsfunktionäre nachfolgten, traten nicht nur neue ausländerpolitische Akteure auf, sondern erhöhte sich auch das Gewicht der türkischen Beschäftigten innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. Darüber hinaus wuchs auch in dem nun geordneten Schrumpfungsprozess des Ruhrbergbaus, der durch die Gründung der Ruhrkohle AG eingeläutet wurde, die Bedeutung der türkischen Beschäftigtengruppe. Der sozialverträgliche Be-

schäftigungsabbau, der von der IGBE mitgetragen und -verantwortet wurde, erfolgte in den 1970er Jahren fast ausschließlich über den öffentlich subventionierten vorzeitigen Ruhestand der über 50-jährigen Bergleute. Da sich kaum türkische Bergleute in dieser Altersgruppe befanden, besaßen sie eine faktische Arbeitsplatzgarantie, während in anderen Wirtschaftsbereichen von den zunehmenden Arbeitsmarktentlassungen zumeist die ausländischen Beschäftigten als erste betroffen waren. Die türkischen Bergleute gehörten damit einerseits zu den besonderen Gewinnern des – nicht zuletzt von der IGBE erkämpften – sozialverträglichen Schrumpfungsprozesses. Auf der anderen Seite wuchs mit ihrer wachsenden Bedeutung innerhalb des Unternehmens auch die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Engagements für diese Beschäftigtengruppe und ihre Familien.

Die Voraussetzungen für gewerkschaftliche Ausländerpolitik waren im Ruhrbergbau schon deshalb besonders günstig, weil die Montanmitbestimmung der IGBE großen Einfluss auf die unternehmerische Personal- und Sozialpolitik gewährte. Darüber hinaus stand mit der REVAG im Ruhrbergbau eine Organisation bereit, die über Erfahrung in der Integrationsarbeit verfügte und in der „Ausländerarbeit“ seit Anfang der 1970er Jahre tätig war. Zudem hatte der Ruhrbergbau weiterhin einen großen Werkwohnungsbestand in geschlossenen Siedlungen, in dem der Großteil der ausländischen Beschäftigten seit den 1970er Jahren lebte und auf den die Mitbestimmung – Betriebsräte und Gewerkschaft – erheblichen Einfluss hatte. Dies schuf Möglichkeiten zur Integrationsarbeit im Wohnumfeld, die in anderen Wirtschaftsbereichen nicht bestanden.

Notwendigkeiten und Voraussetzungen führten im Ruhrbergbau in den 1970er/1980er Jahren zu einem höheren gewerkschaftlichen wie allgemeinen integrationspolitischen Engagement als in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Widersprüchlichkeit der damaligen Ausländerpolitik machte dennoch nicht vor der IGBE halt. Vom „Inländerprimat“ mochte sie in letzter Konsequenz nicht lassen. Sie befürwortete den Anwerbestopp und, wenn auch unausgesprochen und unter Inkaufnahme von innerverbandlichen Spannungen, die Rückkehrhilfepolitik der 1980er Jahre. So gesehen, fielen der Ruhrbergbau und die IGBE auch in den 1970er und 1980er Jahren nicht aus dem Rahmen deutscher Ausländerpolitik.